

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Plabvorschrift 2.30 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Das Ende des Kampfes in Italien.

Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Aus Rom wird gemeldet: Messagero meldet, daß der Allgemeine Arbeiterbund der Arbeiterschaft die Welsung zugehen iteg, die besetzten Fabriken zu verlassen und die normale Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Sieg der italienischen Arbeiter.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: Avanti schreibt: Die Lösung des Konfliktes ist nicht nur ein Sieg der Arbeiter, sondern auch ein Sieg Giolittis.

Millerands Programm.

Paris, 21. Sept. Die Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik wird allgemein als sicher angesehen, und man beschäftigt sich bereits mit der Frage, wer der zukünftige Ministerpräsident werden wird.

Der englische Bergarbeiterstreik unvermeidlich?

London, 21. September. Das Reutersche Bureau meldet: Der amtliche Bericht über die Besprechungen zwischen Regierung und Bergarbeitern besagt, daß Horne von neuem nachdrücklich an die Bergarbeiter appellierte, ein unparteiisches Schiedsgericht für ihre Lohnforderungen anzunehmen.

Nach einer Londoner Meldung des Pariser Journals nahm Smille in seiner Antwort keine drohende Haltung an und gab die Erklärung ab, daß der Streik unvermeidlich sei.

London, 21. September. (Neuter.) Smille teilte auf der nationalen Konferenz der Bergarbeiter in London mit, der Politzugsauschuss sei zu dem Schluss gelangt, daß sich bei den Verhandlungen mit der Regierung nichts ergeben habe, was zu einer Verhinderung des für den 1. September angeetzten Streiks berechtigt.

Sozialistische Erfolge bei den dänischen Reichstagswahlen.

Kopenhagen, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Sozialdemokraten haben bei den Reichstagswahlen am Montag in Stadt und Land an Stimmen außerordentlich gewonnen.

Proteststreik gegen den Kartoffelwucher.

Ill. Friedberg (Hessen), 22. September. Der Betriebsrat der staatlichen Braunkohlengrube Ludwig Hoffnung und des damit zusammenhängenden staatlichen Kraftwerks Wolfersheim hat den Beschluß gefasst, das Kraftwerk außer Betrieb zu setzen.

Demonstration der Berliner Kommunisten.

Berlin, 21. September. (L.-U.) Heute vormittag veranstalteten die Berliner Kommunisten im Lustgarten eine Massenversammlung. Sie demonstrierten u. a. für die sofortige Freilassung der politischen Inhaftierten der Linksparteien und deren Amnestie.

Besitzergreifung Logos durch Frankreich.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Genf: Wie das französische Kolonialministerium mitteilt, werden die Vorbereitungen für die Besitzergreifung Logos am 30. September durchgeführt sein.

Taffe über Rußlands Außenpolitik.

Taffe hat sich dem Korrespondenten des United Telegraph gegenüber über die Lage Rußlands ausgesprochen. Er bedauert besonders den Mangel an Verkehrsmitteln, aber auch dieser Zustand habe sich etwas gebessert.

Zwangsanleihe?

B. A. Bereits vor mehreren Monaten, als die bekannte Sitzung im Reichswirtschaftsministerium über die Stabilisierung der Baluta und die Fragen der Produktionspolitik stattfand, habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie wenig Berechtigung für die Ansicht vorhanden sei, daß die vorübergehende bedeutende Steigerung des internationalen Zahlungswortes der deutschen Reichsmark sich fortsetzen oder auch nur von Dauer sein werde.

Inzwischen sind an den verschiedenen deutschen und fremden Börsen tatsächlich Veränderungen in der Bewertung der Mark eingetreten, die nicht ohne Einfluß auf unser Wirtschaftsleben und die Lebenshaltung des Volkes bleiben können.

In der gesamten Presse beschäftigt man sich in mehr oder minder eingehenden Untersuchungen mit den unmittelbaren Ursachen der gegenwärtigen Balutaverfälschterung, und es sind in der Hauptsache politische und spekulative Einflüsse, denen man die Schuld daran zuschreibt.

Unabhängig von allen spekulativen Momenten, deren Bedeutung angesichts der Zerrüttung der Währungsverhältnisse gewiß nicht unterschätzt werden darf, sind es doch vor allem objektiv zu wertende Zustände unserer Finanz- und Währungspolitik, auf die letzten Endes die Entwertung der Reichsmark zurückzuführen werden muß.

Die Gefahren, die sich aus den sich ständig verändernden Verhältnissen innerhalb der Staatsfinanzwirtschaft ergeben. Können mit Hilfe der bisher bewährten Vermögens- und Einkommensteuer nicht behoben werden. Die Summen, die auf Grund dieser Steuererhöhungen eingenommen sind, stehen in einem außerordentlichen Minderverhältnis zu den veranschlagten Ausgaben; alle Zweige der Verwaltung, des Schuldienstes und der Erfüllung des Friedensvertrages. Die Veranlagung zum Reichsnotopfer, die seit Monaten hätte erfolgt sein müssen, soll bis Ende September durchgeführt werden, aber es ist bereits heute klar, daß die Höhe der Einkünfte nicht ausreichen kann, um eine wirkliche Gesundung unserer Verhältnisse herbeizuführen und daß außerdem die Form der Abgabe in jährlichen Raten dem Gehalten einer umfangreichen Vermögenssteuer durchaus widerspricht.

Die Bedenken gegenüber dem Reichsnotopfer haben nunmehr dazu geführt, daß man dem Gedanken einer Zwangsanleihe, der vor einem Jahre bereits lebhaft in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und der insbesondere von der Zeitung der Reichsbank befürwortet worden ist, wieder näher trat und daß man mit der Absicht umgeht, eventuell an Stelle des Reichsnotopfers eine umfangreiche Zwangsanleihe treten zu lassen.

Vom Standpunkt der Privatwirtschaft ist eine große Zwangsanleihe gegenüber einer Vermögensabgabe das kleinere Übel, denn die Anleihepapiere tragen Zinsen und sind außerdem jederzeit als Unterlage für die Zinssprachnahme von Bank- und anderen Krediten zu verwenden. Außerdem besteht die Aussicht einer zu irgendeinem späteren Zeitpunkt erfolgenden Zurückzahlung der Anleihebeträge. Es ist demnach anzunehmen, daß man nach einem Streifen und den üblichen „Schwerwiegenden Bedenken“ einer Zwangsanleihe seine Zustimmung geben wird, wenn man dadurch das Reichsnotopfer loswerden kann und der Gefahr einer wirklich durchgreifenden Vermögensabgabe entgeht.

Von unserem Standpunkt aus aber müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den Plan einer an die Stelle der Vermögenssteuer tretenden Zwangsanleihe wenden. Die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe würde eine weitere Befragung des arbeitenden Volkes darstellen, das bereits an den unerträglichen Lasten der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft schwer genug zu tragen hat. Es würde in Wirklichkeit bedeuten, daß die Arbeitsleistung des deutschen Proletariats zu einem großen Teile dazu dienen soll, den Kapitalisten die Werte neu zu erwerben, die durch die Gütervernichtung des Krieges verlorengegangen sind. Die Schuldscheine, die heute das Zeichen nicht mehr vorhandenen Kapitals sind, sollen durch die jahrzehntelange Fron der werktätigen Massen wieder mit innerem Werte erfüllt werden. Das deutsche Volk ist sich aber zum großen Teil darüber klar geworden, daß der Aufbau unserer Wirtschaft nicht mehr zugunsten und nach dem Willen einer bevorrechteten Klasse erfolgen darf, und daß ein klassischer sozialer Kampf geführt werden muß gegen alle Bestrebungen, den Kapitalismus durch finanzielle Maßnahmen des Reiches oder der Länder erneut zu stärken. Nicht Zwangsanleihe oder auch 20 Jahre verteilte Reichsnotopfer sind die Mittel zu einer Gesundung unserer Reichsfinanzwirtschaft, sondern eine tiefgreifende Vermögensabgabe, die einen großen Teil der kurzfristigen Verschuldung beseitigt, der gegenwärtigen Inflation entgegenwirkt und die Einsetzung einer raschen Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft erleichtert.

Solange jedoch mit den bisherigen Versuchen einer kleingeistigen Steuerpolitik fortgefahren wird, geraten wir immer tiefer in das Finanzelend hinein und als selbstverständliche Folge wird sich eine weitere — vielleicht noch über den Januarstand 1920 hinausgehende — Entwertung der Reichsmark ergeben.

Kriegsberichterstatter Stoecker.

Genosse Krein-Solingen bittet uns um Aufnahme folgender Mitteilungen über den Hauptwortführer der „Moskauer“ innerhalb der U.S.P., Walter Stoecker:

Auf dem Leipziger Parteitag hat sich Genosse Oskar Cohn mit der Tätigkeit des Genossen Walter Stoecker im August 1914 als „Kriegsberichterstatter“ der Rheinischen Zeitung befaßt. Genosse Cohn war damals schlecht unterrichtet, sowohl seine Unschuldigung Stoeckers (Protokoll Seite 262) wie auch die nachträglich abgegebene „Ehrenklärung“ (Seite 270) berichten auf falschen Voraussetzungen. Auf der jüngsten Reichskonferenz hat nun die J. Z. von Cohn angeknüpfte Sache erneut eine Rolle gespielt. Aber auch durch Dittmanns heutige Mitteilungen und Stoeckers Gegenklärung ist noch keine Klarheit erzielt worden. Ich halte es deshalb für nützlich, die Angelegenheit endlich einmal richtig darzustellen.

Durch die Nachricht von der Eroberung Lüttichs wurde Walter Stoecker, damals Berichterstatter der Rheinischen Zeitung, wie er selbst sagt, „reparat“, sein „Journalistenblut drängte“ ihn so, daß er sich entschloß, zu versuchen, „nach Lüttich zu gelangen“. In Ausführung dieses Entschlusses fuhr er am 9. August 1914 von Köln zur deutsch-belgischen Grenze nach Herbesthal, von dort gelangte er am Abend bis Verdiers, ein Städtchen nach Belgien hinein. Dort wurde schon am nächsten Tage seiner „Kriegsberichterstatterherlichkeit“ ein Ende gemacht, die Militärbehörde ließ ihn nach Deutschland zurückbringen. „Schade, mehr als schade“, sagte Stoecker dazu, denn er hätte ja „schon“ Kanonendonner. — Die knapp anderthalbstündige Fahrt bot Stoecker „Stoff“ für drei Artikel, die in den Nummern 186, 190 und 194 der Rheinischen Zeitung vom 13., 18. und 23. August 1914 erschienen sind.

Die Artikel Stoeckers sind nun zunächst nichts als übliche Feilenreisen. Man charakterisiert sie am treffendsten, wenn man sagt: Stoecker hat sich in ihnen breit und selbstgefällig ausgebreitelt. Wiederholt betont er in ihnen, daß ihn Offiziere (man denke), „freundlich“, ja sogar „sehr freundlich“ behandelten. Auf dem Bürgermeisterrat des kleinen belgischen Grenzortes Westeraedt verabschiedete man sich von ihm „ich möchte fast sagen herzlich“. Wie interessant (und wie beziehungsreich!) dann die Bemerkung: „Im Hotel d'Allemagne, im Deutschen Hof (in Verdiers) feigen wir einige Minuten ab. Hier hat übrigens Napoleon III. in der Nacht vom 4. zum 5. September 1870 als Kriegsgefangener auf seiner Reise nach Wilhelmshöhe übernachtet. Die ganze geistige Höhe des Kriegsberichterstatters Stoecker offenbart die folgende Blüte aus dem zweiten seiner Briefe:

„... bei dem Rückzug nach Herbesthal (von Westeraedt) ein Bild des Friedens nach dem anderen, überall deutsche Soldaten in ihrer selbigen Uniform mit belgischen Mädchen in ihrem, humoristischen Anstrichungen, die Sprachschwierigkeiten zu überwinden. Doch auch hier scheint sich das Diktierwort zu bewähren, daß es in der Liebe in der ganzen Welt nur eine Sprache gibt, denn man versteht sich gut und leicht und leicht. Freudig beobachtete ich, wie eine junge Belgierin sich bemüht, den Tabakqualm, den ein Infanterist lieblich ausströmte, fortzublasen, dabei aber

dem Munde des Soldaten so bedenklich nahe kommt, daß dieser mutig die Gelassenheit ergreift, zum Angriff übergeht und sie herzlich küßt. Wenn alle feindlichen Festungen so leicht erobert werden, wie die Herzen dieser wirklich auffallend hübschen belgischen Mädchen, werden unser Truppen keinen schweren Stand haben.“

Auch sonst hat Stoecker allerhand gesehen und gehört. Zum Beispiel, daß „alles“ die Möglichkeit unseres Sieges erwähnt und weiter, daß „sorgsam“ von Beamten und Soldaten und „erfreulich“ auch von den missfahenden Zivilisten“ darauf gesagt wird, „daß an Bahnhöfen, Brücken und Tunneln die Fenster (der Eisenbahnhäuser) geschlossen sind, damit nicht hinterlistig Beschädigungen der Verkehrsweg durch Bombenwürfe vorgenommen“ können.“ Außerdem konnte Stoecker damals als „harter“ Beobachter „feststellen“: „die Vorgesetzten behandeln durchweg die Gemeinen sehr freundlich, wie überhaupt ein durchaus kameradschaftlicher Ton vorherrscht.“ Beweis: „Ein Offizier erzählt mir, mit zwei Soldaten sei er in die Stadt (Verdiers) gegangen, um sich rasieren zu lassen. Bei einem Friseur sei nur die Tochter zu Hause gewesen, die ihn denn auch rasiert habe, während die beiden Soldaten die sehr geladenen Gewehre bereitgehalten hätten.“

Die Rheinische Zeitung war wirklich sehr interessant, als sie diese Ergüsse ihres „Spezial-Berichterstatters“ veröffentlichte. Aber, so wird nun mancher fragen: Stoecker war doch Sozialist, was hatte er denn als solcher über den Krieg zu sagen? Nun denn, nicht mehr als jeder beliebige bürgerliche Schmod auch. Hören wir ihn selbst:

Wir kommen uns, offen gestanden, als Kriegsberichterstatter eigenartig vor. Wer von uns hätte gedacht, daß wir so bald in solch erstem und bitterem, wenn auch interessantem Dienste für die Presse tätig sein würden. Wie oft haben wir in Wort und Schrift gegen den Wahnsinn eines Krieges gekämpft, und jetzt? Klagen und nach Schuld suchen, hat jetzt keinen Zweck. Nüchtern heißt es, mit der Tatsache des Krieges zu rechnen und zu helfen, wo zu helfen ist: jeder auf seine Art.

Die Erzählung eines deutschen Soldaten über die Erschießung eines unschuldigen belgischen Zivilisten veranlaßte den Sozialisten Stoecker nur zu der Bemerkung, trivial und respektierend zugleich: Es ist ja wahr: was bedeutet denn ein Menschenleben in einem Kriege, in dem vielleicht Hunderttausende fallen! Welt ist querr! Das ist der Krieg!

Besonders bezeichnend ist schließlich noch die folgende Mitteilung Stoeckers. „Fast überall fragt man mich nach der Haltung Italiens; jeder kann ich darauf keine erfreuliche Antwort geben.“ Die Neutralitätserklärung Italiens ging Walter Stoecker also gegen den Strich. Als Sozialist wünschte er die weitere Ausdehnung des Krieges, das Eintreten Italiens zugunsten der „Mittelmächte“ — zu welchem Zweck? Doch nur, um den Sieg des deutschen Imperialismus zu fördern!

Nun hat Genosse Stoecker auf dem Leipziger Parteitag erklärt (Protokoll, Seite 305), daß die Redaktion der Rheinischen Zeitung in seinen Berichten Streichungen vorgenommen habe. Er behauptete, daß seine Berichte dadurch nicht den von ihm gewünschten Eindruck gemacht hätten. Auf der letzten Reichskonferenz hat Stoecker nach dem Bericht der Parteipresse die Verantwortung für die ganzen Artikel abgelehnt, da die Redaktion der Rheinischen Zeitung sie abgeändert habe.

Die beiden Erklärungen des Genossen Stoecker werden sehr erheblich voneinander ab. Während er zunächst nur Streichungen beanstandete, spricht er jetzt von Änderungen des Textes. Die Parteitagserklärung behält Stoecker die Verantwortung für alle von der Rheinischen Zeitung abgedruckten Sätze. Diese sind eines Teils nach Inhalt und Aufmachung der belgischen Roman-Serie Krieg und Liebe zu vergleichen, andernteils sind sie — wie besonders der Satz über Italien — direkt imperialistisch.

Neuerdings kehrt nun Stoecker die Verantwortung für die Artikel in an sich ab. Dazu habe ich die folgenden Feststellungen zu machen:

Die Artikel Stoeckers ereignen bei ihrem Erscheinen im Rheinischen in den Kreisen der Genossen, die bereits den Kampf gegen den Krieg aufgenommen hatten — die also im Gegensatz zu Stoeckers Auffassung, die die Artikel entgegen, nicht resignierten — großes Bekremden und starke Entrüstung. Auf Grund jahrelanger Bekanntheit hielt ich mich für berechtigt, Stoecker dies mitzuteilen und ihm Vorwürfe zu machen. Darauf antwortete er in einem, Zürich, 27. November 1914, datierten Briefe, der über die Artikel die folgenden Ausführungen enthielt: „Du bist wirklich der erste, der mir wegen meiner Belgien-Artikel Vorwürfe macht, obwohl sie von Meerfeld (dem leitenden Redakteur der Rheinischen Zeitung, Kr.) aus Zensurgründen noch sehr gemildert wurden. Les sie nochmals, Du findest kein Wort, das unsere sozialistischen Ansichten widerpricht.“

Mit diesen Sätzen bekennst du Stoecker zu den Artikeln. Er übernimmt die vollständige Verantwortung für alle Teile derselben. Das ist entscheidend. Was auch sonst in den Artikeln gestanden haben mag, es kann die Bedeutung der oben im Auszug wiedergegebenen Ausführungen nicht abschwächen. Oder will Stoecker behaupten, das Kunststück fertiggebracht zu haben, in einem und demselben Artikel das Eintreten Italiens für den deutschen Imperialismus gleichzeitig gewünscht und abgewiesen zu haben?

Warum ich dies heute feststelle? Nicht deswegen, um zu beweisen, daß Genosse Stoecker einmal schwandend gewesen ist in seiner Stellung zum Krieg! Wenn Stoecker mannhaft erklärt hätte: ja wohl, ich habe diese Dummheit einmal geschrieben, aber ich habe sie bald als Dummheit erkannt — dann würde ich niemals in dieser Frage das Wort genommen haben. Genosse Stoecker ist aber unter der Unschärfe gegangen, und um unter diesen bestehen zu können, versucht er, durch Unwahrheiten darüber zu täuschen, daß er einmal sehr feilsch war. Ich beschuldige ihn, die Parteilichkeit bezogen zu haben aus Gründen seiner Kriegsträgererei.

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

„Geistiges Leben“ im Dissoverein Altona.

Es wird uns berichtet: Trotz aller Ermahnungen, die Debatte über den Anschluß an die kommunistische Internationale sachlich zu führen und die weiteste Redefreiheit zu gewähren, kommen aus vielen Orten Nachrichten, daß die Debatten ins Persönliche ausarten und daß Gegen des Anschlusses das Neben erstwert und in manchen Fällen unmöglich gemacht wird. Einen Rekord in dieser Beziehung hat bisher der Dissoverein Altona erreicht. Hier lagte am 16. v. M. eine Mitgliederversammlung, die sich mit der Anschlußfrage beschäftigte. Nach einem mehr als zweistündigen, weitgehendem Referat, das durch seine Länge schon von vornherein die Diskussionsmöglichkeit einengte, setzte die „freie Aussprache“ ein. Ein Korreferent von der Leitung nicht für nötig gehalten. Trotzdem der Referent durch eine Reihe demagogischer Seitenhiebe auf den rechten Flügel der Partei die nötige Stimmung vorbereitet hatte, war es dem ersten Diskussionsredner, der gegen den bedingungslosen Anschluß sprach, noch leicht möglich, sich verständlich zu machen. Bei der Rede des nächsten Anschließergener nahmen die Zwischenrufe und die allgemeine Unruhe immer mehr zu. Ein schallendes Gelächter brach aus, als ein Versammlungsteilnehmer einen Nuntentopf auf das Rednerpult stellte. Der Vorsitzende machte keine Miene, dem Redner Gehör zu verschaffen und die Würde der Versammlung zu wahren, die auf das Niveau eines humoristischen Abends herabgesunken war. In unparlamentarischer Weise wurde dem Redner das Wort entzogen. Ein Antrag auf Abstimmung wurde mit Hohngelächter auf-

genommen. Bezeichnend für die geistige Verwirrung war, daß der radikale Bezirkssekretär, Lehning, der sich für die Meinungslosigkeit einsetzte, mit Hinauswurf bedroht wurde. Die anständig empfindenden Genossen verließen vorzeitig mit Entrüstung die Versammlung. Bei manchem Mitglied tauchte der Gedanke auf, daß der Vorsitzende die Nachsicht begünstigte, zumal er in der vorhergehenden Versammlung sich geäußert hat: „Ob die „Rechte“ zu Wort kommen, hängt von meiner Gnade ab.“ So tief aber auch die Beschlüsse der Parteimitglieder sind, sie müssen öffentlich zur Sprache gebracht werden, um den Wert mancher Versammlungsentscheidungen, die oft marktschreierisch ausgesprochen werden, in das richtige Licht zu setzen.

Schleudt.

Die Mitglieder der U. S. P. in Schleudt, das bekanntlich zu dem Bezirk Halle gehört, der zur Hochburg der sogenannten „Lenten“ gezählt wird, beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit dem Moskauer Diktat. Gegen die Bedingungen sprach Gen. Liebmann-Leipzig, dafür Genosse Lemple-Halle. Mit 127 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Schleudt hält die Zusammenfassung der revolutionären Arbeiterbewegung aller Länder für eine wichtige Voraussetzung des proletarischen Sieges über die kapitalistische Herrschaft. Die revolutionäre Internationale muß aber den ihr angeschlossenen Parteien der einzelnen Länder die Möglichkeit lassen, den proletarischen Klassenkampf nach den jeweiligen Bedürfnissen der einzelnen Länder zu führen.

Die Konferenz spricht den revolutionären Klassenkämpfern Russlands für ihren heldenmütigen Kampf ihre warmste Sympathie aus und gelobt, die russischen Brüder in ihrem Kampfe nach Kräften zu unterstützen. Trotz dieser Sympathien für Sowjetrussland kann sich die Konferenz nicht den Bedingungen der Moskauer kommunistischen Internationale unterwerfen, sie lehnt daher die Bedingungen ab.

Mit dieser Ablehnung der Bedingungen verbindet die Versammlung die Hoffnung, daß es bald gelingen möge, mit allen revolutionären Parteien, insbesondere auch mit dem revolutionären Proletariat Sowjetrusslands, eine kampffähige Internationale zu schaffen.

Für eine von Lemple vorgelegte Resolution, die den Anschluß unter den Bedingungen forderte, wurden 72 Stimmen abgegeben.

Magdeburg.

Nachdem die Genossen in Magdeburg in zwei Generalsammlungen die Moskauer Bedingungen diskutiert hatten — in der ersten referierten die Genossen Brandes und Stoecker, in der zweiten hielten die Genossen Koenen und Dittmann die Schlußworte —, lehnten sie eine von den Funktionären vorgelegte Resolution für nachmalige Verhandlung mit Moskau und den anderen revolutionären Parteien aller Länder gegen eine Minderheit ab und nahmen mit großer Mehrheit eine Resolution für den Anschluß an.

Götha.

Eine starkbesuchte Mitgliederversammlung in Götha beschloß gegen vier Stimmen: an die Gebietskonferenz (d. h. die Vertretung des Landes Götha) den Antrag zu stellen, sich für den Anschluß zu erklären und die Delegierten zum Parteitag entsprechend zu beauftragen.

Ein Schreiben der Schweizer Parteileitung.

Das Zentralkomitee der U.S.P. erhielt von der sozialistischen Partei in der Schweiz das folgende Schreiben:

Werte Genossen!

Aus der Freiheit, Nr. 37, vom 10. September und aus Mitteilungen des Bafeler Vorwärts entnehmen wir, daß Genosse Regierungsrat Schneider aus Basel anlässlich einer Funktionsversammlung der U.S.P. in Berlin unter anderem erklärt haben sollte, das Schreiben der Schweizerischen Parteileitung beweise gar nichts, da diese in ihrer Mehrheit gegen den Anschluß an die 3. Internationale sei, sie sei es auch gewesen, ohne die Anschlußbedingungen zu kennen.

Im übrigen soll Genosse Schneider die Überzeugung ausgesprochen haben, daß die Erklärung der Parteileitung vom Parteivorstand desamouiert werde und daß die Mehrheit der Parteimitglieder für den Anschluß sei.

Regierungsrat Schneider hat damit Behauptungen aufgestellt, die zum Teil der Wahrheit widersprechen, zum Teil durch die bisherige Erfahrung als sehr zweifelhaft betrachtet werden müssen. Genosse Schneider weiß, daß im Gegensatz zu seiner Behauptung vor dem Bekanntwerden der Beitrittsbedingungen die Mehrheit der Parteimitglieder der Partei für den Anschluß an Moskau war, daß dagegen im Parteivorstand selberzeit der bodigte Beitritt nur mit 20 gegen 18 Stimmen beschlossen wurde, ferner, daß im September letzten Jahres der bedingungslose Beitritt in einer Urabstimmung, an welcher sämtliche Parteimitglieder sich beteiligten konnten, mit 14612 Stimmen gegen 8722 und 300 Ietzte abgelehnt wurde.

Diese Feststellungen dürften genügen, um den Wert der Erklärungen Regierungsrat Schneiders auf das richtige Maß zurückzuführen.

Mit Genossengruß

Für die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz:
Der Präsident: Nelwand. Der Sekretär: Aug. Huggler.

Es gibt keine Entwarnung!

Die Reaktion in Bayern erhebt jeden Tag dreister ihr Haupt. Abgeordnete werden in das Gefängnis geworfen, jugendliche Arbeiter in das Zuchthaus gesteckt, Versammlungen verboten. Ohnmächtig steht die Reichsregierung diesem konterrevolutionären Treiben zu. Die bayerische Regierung des Herrn v. Kahr denkt weder daran, die Einwohnerwehren aufzulösen, noch die Entwarnung durchzuführen. Im Gegenteil. Die Organisation des Herrn Forstrats Escherich wird jeden Tag fester und stärker ausgebaut. Ortschaft und Einwohnerwehr sind in Bayern eins, blühend wird die Situation erleuchtet durch einen Bericht der Münchener Zeitung über das Kreispreisdiesen der Einwohnerwehren Allgäus in Kempten. Nach diesem Bericht hat auf diesem Einwohnerwehrtag ein unerwartet hoher Anteil an Teumphe gefeiert. In Anwesenheit ländlicher und städtischer Behörden sowie der hohen Geistlichkeit wurde von den einzelnen Gemeinden eine wüste reaktionäre Hehe entfaltet. Die Säle waren schwarz, rot, blauweiß und in den Träuler Landeasben dekoriert. Die „neutrale“ und „unpolitische“ Einwohnerwehr des Allgäu hatte sich ein Ständchen gegeben, um vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren:

„daß sie, fern von jeglichen reaktionären Bestrebungen (!!), nur Ruhe, Sicherheit und Ordnung gewährleisten wollen, die allein die Vorbereitungen für geistliche Arbeit bilden, und die einzige Möglichkeit zur Besserung unserer so überaus traurigen Lage seien“

daß sie keine Gewaltpolitik im Innern wollen, sie aber eine starke Macht bilden wollen, um den Elementen, die unsere Volk nicht zur Ruhe kommen lassen und auf den Ruinen des Bürgerturns die Diktatur des Proletariats aufrichten wollen, die Luft zu solchen volksfeindlichen Experimenten zu verdrängen!“

An Stelle des verhinderten Oberbürgermeisters sprach im Namen der Stadt Herr Stadtrat Architekt Madlener und bemerkte, daß Ruhe und Ordnung in den Gemeinden nur aufrecht erhalten werden könnten, wenn erprobte Einwohnerwehren vorhanden seien. Der Kreisobmann von Augsburg, „Ezzen“ Danner, bemerkte, daß sich auch die Einwohnerwehren des Schwabenlandes fleißig im Scharfschießen übten. Jeder schärfte Schutz diene dem Frieden, sei aber gleichzeitig auch eine ernste Warnung an alle Dilettanten, die den Frieden stören.

Das tollte liefste sich jedoch der Herr Obergeometer Kanner, die rechte Hand Escherichs. Er bemerkte zunächst, daß Esche-

tich in Disziplin wolle, jedenfalls um dort die Organe zu organisieren. Kanzler sagte dann wörtlich, nachdem er die Schmach des Entwaffnungsgesetzes gekennzeichnet hatte: „Es ist nicht leicht, über diese Frage hier zu sprechen, und doch muß ich reden. Als Führer des Ostpreussens sage ich: Für uns gibt es keine Entwaffnungsforderung! Meine Leute würden mich für verrückt halten, wenn ich an sie das Ansehen stellen wollte, sich zu entwaffnen. Die bayerische Staatsregierung denkt ähnlich, und die Einwohnerwehr ist gerade im Einverständnis mit der Regierung ins Leben gerufen worden. Bekanntlich wurden die Einwohnerwehrorganisationen im Vorjahr unter der tatkräftigen Mithilfe der damals sozialistischen Regierung Hoffmann-Endres aufgebaut und hatten von Anfang an die Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu erhalten bzw. die staatlichen Organe im Notfall hierbei zu unterstützen. Die bayerischen Einwohnerwehrgesellschaften sind also vollkommen rechtmäßig im Besitz ihrer Waffen. Wenn schon von einer Entwaffnung gesprochen werden kann, dann müssen vor allem all die Waffen abgeliefert werden, die in den Händen der Radikalen sich befinden. Das wird aber niemals geschehen, und deshalb kommt für uns eine Entwaffnung der ordnungsliebenden Bevölkerung nicht in Frage. Wie soll denn die Entwaffnung des gesamten Volkes durchgeführt werden? Wie soll denn das eigentlich gemacht werden? In Berlin hat man gesagt: wenn die bayerische Regierung es nicht machen kann, dann schicken wir einfach unsere (die preussische Sicherheitswehr), die es machen muß. (Lachen.) Darauf hat unser Oberbürgermeister geantwortet: Ich empfehle, daß jeder, der auf diese Weise bayerischen Boden tritt, vorher sein Testament macht, es könnte möglich sein, daß er ihn nicht mehr gesund verläßt. (Sehr richtig, Bravo!)

Es ist unnötig zu bemerken, daß die Feier eingeleitet wurde von patriotischen Gesängen. An den Ministerpräsidenten von Preußen wurde ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: „Die beim Festabend des ersten Königs-Preischießens verarmten Preußen einbüßten die Ehre Eurer Excellenz Treudeutschen Gruß aus den Bergen. Unsere Wehr und unser Vertrauen zur Regierung sind so stark, wie diese.“ Im gleichen Sinne wurde an Österreich telegraphiert. Beide beglückwünschten den Einwohnerwehrtag ebenfalls in Telegrammen.

Was sagt die deutsche Regierung zu diesem Treiben, das sich unter ihren Augen offenkundig abspielt? Sie wird nichts sagen. Ebenbürtig wie die hannoversche und württembergische Regierung, die ebenfalls verpflichtet wären, hier einzugreifen. Einzig die energische Sprache der Arbeiterklasse wird auch den Einwohnerwehrtag beenden. Bis dahin alles, allen Kreisen die Augen zu öffnen, über das, was vorgeht.

Die Werberbeit für die Freikorps wird fortgesetzt.

Dem Berliner Tageblatt wird aus seinem Leserkreis ein Meißnerbrief, das der Schreiber auf einer Fahrt nach Hannover machte, mitgeteilt. Die Aufschrift lautet: „Ich kam im Zuge mit einem Unteroffizier ins Gespräch, der mir erzählte, er werde für mehrere Freikorps. Er erzählte u. a.: Die zweite Marinebrigade (Schwarz) sei gar nicht aufgelöst, sondern eine halbe Stunde nach der formell erfolgten Auflösung sei alles als Schiffstamm-Division wieder eingestellt worden. Diese Truppe liege in Cuxhaven und brauche dringend Ausbildungspersonal. Die eigentliche Ausbildung erfolge im Munsterlager. In Swinemünde sei das Freikorps Nischlag, das auch stets nationalgefärbte Leute einstelle. Alles erfolge durch das Garnisonkommando in Swinemünde. Nach erfolgter Ausbildung kämen die Leute mit ihren Offizieren in Truppen von 20 bis 25 Mann auf Güter in Pommern, Ostpreußen usw., besonders in die Gegend von Tilsit. Machen Sie sich hier gut, dann können Sie auch bei hoher Bezahlung zu einer anderen Marinebrigade kommen. Ich solle mich nur nach Hannover an das Garnisonkommando wenden. Ein Vertrauensoffizier werde dort schon sein. Mit einem Freifahrtsschein könne ich dann nach Swinemünde fahren.“

Diese Mitteilung bestätigt nur, was schon immer behauptet, von den militärischen Stellen freilich immer bestritten worden ist. Fragen muß man nun: weiß denn die Reichsregierung, die erst kürzlich wieder die Öffentlichkeit durch Mitteilungen über die Verminderung der Heeresstärke zu beschwichtigen suchte, von all diesen Dingen gar nichts. Wird sie nun endlich Maßnahmen ergreifen, um dem Treiben der reaktionären und militaristischen Kreise Einhalt zu gebieten?

Der liebe Gott und die Sedanfeier.

Nach und nach laufen immer mehr vertrauliche Berichte von Sedanfeier ein, an denen insbesondere deutschnational gefärbte Geistliche teilgenommen. Man kommt immer mehr über die Fälle von Gehmlosigkeit, mit der diese Herren ihren Beruf als Prediger der Liebe und Verbrüderung mit einer regelrechten Kriegsscheu und Romanenpropaganda verbinden. So lesen wir in einer Korrespondenz aus Genhth, daß bei einer Sedanfeier des deutschnationalen Volksvereins in Schönhausen, bei der übrigens der Vollversammlung der Magdeburger Domgemeinde zur Vereinerung des Festes beitrug und zu der ein Begrüßungstelegramm von Pöhlmann-Bordet eingelassen war, das dem Wünsche Ausdruck gab, bald wieder einen neuen Hymnus zu haben, der Superintendent Eitel aus Rathenow in seiner Rede empfohlen hat, auf Gott zu vertrauen und für Deutschlands Größe und Macht zu arbeiten nach dem Wählort; „Beten und die Patronen trocken halten.“ Uns will scheinen, daß sich der Herr Superintendent nicht gerade als besonders geschickter Interpret seines Glaubens erwiesen hat. Immerhin können Prediger dieser Art durch ihr Beispiel die Kirchenaustrittsbewegung sehr fördern.

Ein geeignetes Sozialisierungsobjekt.

Nach einer Meldung der B. Ztg. weigern sich die Daimler-Motorenwerke in Stuttgart nach wie vor, die ausgeperrten Arbeiter wieder einzustellen. Sie sind aus dem Verbands der Metallindustriellen, der das Abkommen zur Beendigung des württembergischen Generalstreiks beschloß, ausgestiegen. Die Daimler-Motorenwerke haben erklärt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten sie ihren Betrieb nicht ohne Schaden aufrechterhalten. Wenn die Regierung ihn sozialisieren wolle, so seien sie damit einverstanden. Es wäre Torheit, glauben zu wollen, daß die jetzige Reichsregierung die Daimler-Motorenwerke der Allgemeinheit nutzbar machen würde. Viel eher ist anzunehmen, daß sie geneigt ist, den Aktionären, die während des Kriegs durch Wucher bei den Kriegsgeldleistungen allein an Uebergewinnen so an die 100 Millionen „verdient“ haben, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Kapitalisten so glück sind, ihre nützliche Tätigkeit des Profitmachens fortzusetzen.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Brüssel, 22. September. (U.) Das Programm der Brüsseler Finanzkonferenz ist folgendes: 25. Sept. Eröffnungssitzung, 26. bis 28. Sept. Besprechung der Gesamtlage, 29. Sept. bis 1. Okt. Besprechung der finanziellen Fragen. Täglich zu Beginn der Sitzung wird ein Vortrag gehalten. Es werden Sprecher: Billering, Belgien über die Volksfinanzen, Brand-England über den internationalen Handel, Japans-Telegraph über das Geld und die Kurie und Völler-Franke über die Frage eines internationalen Kredits. Vom 3.-5. Okt. sind Sitzungen der Einzelkommissionen und vom 6.-8. Okt. endgültige Entscheidungen der Konferenz.

Berlin, 21. September. Die deutsche Delegation zur Finanzkonferenz verläßt morgen abends Berlin, um sich nach Erfurt zu begeben. In ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Bergmann. Weitere Mitglieder sind der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Urbig, der Vizepräsident der Reichsbank von Cassanapp und Staatssekretär Schröder von Reichsfinanzministerium. Als Sachverständige sind der Delegation Geheimrat Hofrat Professor Dr. Loth-Milch, Geheimrat Oberfinanzrat Kaufmann von der Reichsbank und Geheimrat Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium beigegeben.

Es hilft noch immer.

Berlin, 22. September. (U.) Zur Kritik im Reichsfinanzministerium sagt die Germania, die Mitteilung der Wälder, wonach Dr. Witz keine Entlassung zurückgekehrt habe, entspreche nicht den Tatsachen. Es werde aber aus Regierungskreisen bestätigt, daß nach wie vor Hoffnung bestehe, eine Verständigung zu erzielen. Der eigentliche Grund für die Entlassung des Rittmeisteres sei in der Gesamtsituation des Reichs zu suchen. Es werde vor allen Dingen darauf ankommen, für die Gesundung der Finanzen des Reichs ein festes, geordnetes Finanzprogramm aufzustellen.

Die Lage in Oberschlesien.

Wendigung der Ententepolitik?

Mailand, 21. September. (U.) Nach dem Corriere della Sera hat man in Paris Kreisen den Eindruck, daß die französische Regierung nunmehr unter dem von London ausgehenden Druck entschlossen sei, ihre Politik in Oberschlesien zu ändern. Auch die Weiter der Bewegung sollen durch andere Parteien erleichtert werden.

Bildung eines Bezirks.

Beuthen (Oberschl.), 21. September. Der Bezirk bei der interalliierten Kommission in Oppeln auf Grund des Versailler Abkommens ist heute gebildet worden. Er besteht aus sechs Völkern, zwei Zentrumsparteien, einem Demokraten, zwei Sozialdemokraten und einem Volksparteiler.

Der Krieg im Osten.

Weiteres Vordringen der Polen. — Russische Verstärkungen.

Der polnische Heeresbericht meldet: Unsere Abteilungen nähern sich, indem sie den Feind zurückdrängen, dem Flusse Zbruc, in Woiwolen nahmen unsere Kräfte in Besetzung des sich zurückziehenden Feindes Rowno ein. In der Nähe von Alewn ergab sich eines der Regimente der Subotann-Regiment. Nördlich vom Priepet überboten unsere Truppen Brufung und die Eisenbahnstation Winowa. Es wurden 1000 Gefangene gemacht, 30 Maschinengewehre und eine große Menge Munition erbeutet. Auf der Linie Pruschan-Romow Diwor geht der Feind eine größere Tätigkeit, indem er an mehreren Stellen dieser Front angreift. Alle Angriffe wurden blutig abgewiesen. Die Division sammelt neue Kräfte an der Linie des Flusses Maruch. An der Front des Njemen wurde die Ankunft neuer Sowjet-Divisionen aus der sibirischen Armee festgestellt.

Ein Frontbericht der Armes Wangel meldet einen günstigen Ausgang der Kämpfe bei Alexanderowol.

Vorsetzung der polnisch-litauischen Verhandlungen?

Die litauische Telegraphen-Agentur berichtet: Der polnische Außenminister Sapieha hat in einem Rundspruch der litauischen Regierung vorgeschlagen, daß die weiteren Verhandlungen zwischen Polen und Litauen in Riga stattfinden mögen. Demnach betrachtet Polen die Verhandlungen nur als unterbrochen. Auch der Botschafter hat sich für Wiederaufnahme der Verhandlungen ausgesprochen und den Wunsch geäußert, daß bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen keine Kriegsvorgänge stattfinden. Der litauische Vertreter Professor Wolmar hat sofort zugestimmt, Baberewski hingegen erklärte, er könne erst am nächsten Tag eine Antwort erteilen.

Pulsboorbereitungen in Oesterreich.

Wien, 22. September. (U.) Der in das Rärntner Abstimmungsgebiet entsandte Berichterstatter der Neuen Freien Presse meldet, daß der südslawische Generalmajor einen Puls organisiert, um sich nötigenfalls der Zone A mit Gewalt zu bemächtigen, falls die Volksabstimmung nicht zugunsten Südslawiens ausfällt. Die Genarmen, die aus der Zone A zurückgejogen worden sind, sind bei den Bauern als Rechte untergebracht worden, und auch die Offiziere haben auf südslawischen Bauerngehöften Aufnahme gefunden, so daß Major über ansehnliches Militär verfügt. Die Lage wird als gefährlich angesehen, da der südslawische Nationalrat das Gutachten abgegeben habe, daß der Zeitpunkt zwar noch nicht gekommen sei, daß aber bei einem ungünstigen Verlauf der Abstimmung ein Pulsch unbedingt notwendig werden würde.

Rom, 22. September. (U.) Der Popolo Romano veröffentlicht in Sperdraud eine Warnnachricht aus Vogen. Danach sollen in Tirol umfangreiche Vorkehrungen gegen Italien getroffen sein. Die Presse hebe zur offenen Rebellion auf. Auch seien bereits 8000 Gewehre eingeschmuggelt worden.

Prag, 22. September. (U.) Ueber Aukia gehen Gerüchte um, daß alle öffentlichen Gebäude militärisch besetzt worden sind. Militärpatrouillen sollen die Straßen durchziehen. Angeblich handelt es sich um einen Kommunistenpulsch.

Deutschland.

Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr?

Ein Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr? Ein Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr? Ein Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr? Ein Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr? Ein Reichstags- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr?

Vom Kampf um die Berliner Stadtverwaltung.

In der Dienstag-Sitzung des Wahlausschusses der Grobbeliner Stadtverordnetenversammlung wurde der von der von den Unabhängigen vorgeschlagenen Dr. Ina. Adler der allein von drei Kandidaten erschienen war, mit familiären Stimmen der Anwesenden zum Verkehrsbeauftragten für Grobbeln erwählt. Für den Fall der Wahl eines anderen Verkehrsbeauftragten hätten die Berliner Straßenbahnen einen 24-stündigen Proteststreik beschlossen.

Gepörrte demokratische Versammlung. Eine öffentliche Versammlung der demokratischen Partei in Nürnberg, in der der frühere Reichsminister Göbel über den Preisabbau sprechen wollte, wurde von Anhängern des Schutz- und Trübündnisses gestoppt.

Neue Zeitungssperren im besetzten Gebiet. Die Rheinlandschaftskommision hat die Frankfurter Zeitung und das Frankfurter Mitteilungsblatt bis zum 18. Oktober für die besetzten rheinischen Gebiete verboten.

Das neue preussische Landtagswahlgesetz. Das neue preussische Wahlgesetz liegt, wie die Berliner Wälder melden, im Ministerium des Innern fertig vor und dürfte alsbald der preussischen Landesversammlung zugehen. Es schließt sich eng an das Reichswahlgesetz an, doch sind die Wahlkreise wesentlich kleiner. Statt auf 6000

kommt auf 4000 Wähler ein Abgeordneter; nach der erfahrungsmäßigen Wahlbeteiligung von 80 Prozent der Wahlberechtigten müßte aber die Zahl der heutigen Abgeordneten (480) kaum übertraffen werden. Vorgelesen sind 74 Wahlkreise, 10 Verbandswahlkreise und eine Generalabstimmstelle.

Ausfuhr lothringischer Eisenerze nach Deutschland gestattet. Wie die kölnische Zeitung aus Saarbrücken meldet, hat die französische Regierung die Erlaubnis erteilt, die Ausfuhr lothringischer Eisenerze nach Deutschland wieder aufzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Erste Eisenbahner-Betriebsrätekonferenz in Sachsen!

Von der Bezirksleitung Sachsen des D. G. B. wird uns geschrieben:

Im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes fand am Sonntag dem 19. September im Volksbau zu Dresden eine Betriebsrätekonferenz der Mitglieder des D. G. B. Bezirk Sachsen statt mit der Tagesordnung: 1. Die Aufgabe des Organisations der Betriebsräte. 2. Aussprache dazu. 3. Wahlen (1. Bezirksausbildung, 2. Reichskonferenz des D. G. B. bezw. Betriebsrätekonferenz des D. G. B.).

Der Vorsitz der Bezirksleitung wird bekannt, das am ersten Punkt der Tagesordnung übernommen hat.

Wichmann erläuterte eingehend den Aufbau der Betriebsräte, wie er in Preußen durchgeführt ist. Er erklärte, daß dieser Aufbau für Sachsen, wo bereits vorläufigere Einrichtungen bestehen, nicht zweckmäßig sei. Im Einverständnis mit dem Hauptvorstand des D. G. B. sollen deshalb die bisherigen Einrichtungen weiter bestehen bleiben. Wichmann schiederte die wirtschaftliche Niedertage Deutschlands aus der wir nur herauskommen können, wenn wir zur planmäßigen Wirtschaftsdemokratie übergehen. Den Betriebsräten müsse man den ausreichenden persönlichen Schutz angedeihen lassen. Sie hätten eine schwere Bürde der Verantwortung auf sich genommen, diese zu erleichtern werde sich der Hauptvorstand des D. G. B. mit allen Mitteln einsetzen. Die Tätigkeit der Betriebsräte liege ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Wichmann richtete an die Anwesenden das Ersuchen, sich nicht allein von politischen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Die Gewerkschaften seien die Nährmutter der Betriebsräte, deshalb könne nur ein Hand in Hand arbeiten in Frage kommen.

Die Aussprache über den Vortrag nahm mehrere Stunden in Anspruch und fand ihren Abschluß in der Erkenntnis, daß uns aus der Wirtschaftskrise zunächst nur die Landwirtschaft, wie die Wälder ausstellt, retten kann.

In den Bezirksausbildung wurden die Kollegen Laack und Straube erwählt.

Als Delegierte zur Reichskonferenz des D. G. B. am 3. und 4. Oktober wurden vom Bezirk die Kollegen Augustin-Bodenbach, Häbel-Dresden und Wolf-Weißbach gewählt; von der Bezirksleitung Lorenz-Görschitz und Stein-Weißbach, Augustin, Häbel, Wolf und Lorenz sind zugleich Delegierte für die Reichsbetriebsrätekonferenz des D. G. B. am 6. und 8. Oktober in Berlin. Auch wurden noch verchiedene andere Fragen behandelt.

Am 7. Uhr abends schloß Kollege Haack die Konferenz mit dem Wunsche, daß Betriebsräte und Gewerkschaft in gemeinsamer Arbeit, der Verwirklichung des Sozialismus zutreiben.

„Verschiebung von Ersatzkassen.“

Zu dem Aufsatz unter dieser Ueberschrift in unserer Nr. 174 der L. B. vom 31. August sendet uns der Vorstand der Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins von 1888, B. V. a. G., Ersatzkasse, Sigh Hamburg, die folgende Berichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß die Existenz der Krankenkassen des Kaufmännischen Vereins von 1888, des Vereins der Deutschen Kaufleute, des Deutschen Angestelltenverbandes und des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen unsicher geworden ist und sie daher versuchen, sich durch eine grobangelegte Sanierungsaktion vor dem Zusammenbruch zu retten;

richtig ist, daß die Verbände, denen die genannten Krankenkassen angeschlossen sind, sich, wie seit langem bekannt, verschmelzen wollen und daß bei dieser Verschmelzung der Verbände die Krankenkassen nicht jede für sich bestehen bleiben können. Eine Sanierungsaktion hat keine der Kassen nötig.

2. Es ist unrichtig, von „Verschiebung“ und „Uebersetzung“ des Versicherungsbestandes zu sprechen, als ob es das Gleich wäre;

richtig ist, daß es zweierlei ist.

3. Es ist unrichtig, daß die Mitglieder der Kassen nicht erst gefragt werden;

richtig ist, daß den Mitgliedern der Kassen freisteht, den vollen Einspruch geltend zu machen, bez. ihnen in den Satzungen eingeräumt ist.

4. Es ist unrichtig, daß aus den 4 Ersatzkassen eine neue Ersatzkasse entstehen soll;

richtig ist, daß eine der genannten Krankenkassen bestehen bleiben soll und auf diese die anderen in gesetzlich zulässiger Form übergehen sollen.

5. Es ist unrichtig, daß Satzungsänderungen vorgenommen werden, die unzulässig sind;

richtig ist, daß die vorzunehmenden Satzungsänderungen zulässig sind.

6. Es ist unrichtig, daß ein Teil der Mitglieder abgehoben werden soll;

richtig ist, daß alle Mitglieder übernommen werden sollen.

Wir müssen dem Einsender der Zeitschrift vom 31. August überlassen, sich zu dem Berichtigen zu äußern.

Postangestellte in Indien. Aus Bombay meldet Reuters unterm 19. September: Die Postangestellten haben anscheinend infolge von Lohnminderungen am Mittwoch die Arbeit niedergelegt. Auch die Telegraphenangestellten sind ohne vorherige Ankündigung in den Ausstand getreten.

Aus der Partei.

Protokoll von der Reichskonferenz.

Am Donnerstag erscheint das Protokoll von der Reichskonferenz. Wir bitten dringend, alle Bestellungen sofort beim Verlage der Freiheit aufzugeben.

Ein neue Zeitschrift.

Die Genossen Ernst Däumig, Curt Geyer und Walter Stoedter geben ab 1. Oktober eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift, die kommunistische Rundschau, heraus. Bekannte Genossen des In- und Auslandes haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Wegen der Abonnementsbedingungen verweisen wir auf das Inserat in der letzten Nummer.

Von Nah und Fern.

Durch Feuer vernichtet.

Bohnum, 21. September. Die Prospektische am Alten Markt ist heute vollständig niedergebrannt. Das Feuer, das im Dachstuhl entstand, verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit und legte die Kirche bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Saßburg, 21. September. In der vergangenen Nacht ist das Schloss Weßhorn bei Weisk im Pinnzgau vollständig niedergebrannt. Zahlreiche antike Möbel und Kunstgegenstände wurden vernichtet.

Beuthen (Oberschlesien), 21. September. In Radzionka brach gestern abend in der Wohnung von Genzot Feuer aus, das das Wohnhaus einäscherte. Bei dem Brande wurden Explosionserscheinungen wahrgenommen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt; man spricht von Brandstiftung und Selbstentzündung. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Pfeiffer in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

3000 Mark Belohnung!

Von einem hiesigen Lagerbesitzer sind in der Zeit von Anfang Mai d. J. bis Mitte dieses Monats gestohlen worden:
Fünf Gleichstrom-Motoren
und zwar, wie folgt, bezeichnet:
einer mit G. M. 01, 2,99 P.S., 22 K.W., 220 V., Nr. 900120,
zwei mit G. M. 05, 5 P.S., 3,7 K.W., 220 V., Nr. 1028367, bez. 1028299
einer mit G. M. 20, 2,04 P.S., 1,5 K.W., 220 V., Nr. 1025265,
einer mit G. M. 4, 0,5 P.S., 0,37 K.W., 220 V., Nr. 900400.
Käufer, die während des angegebenen Zeitraumes Elektromotoren gekauft haben, werden um Nachforschung, und im Verdachtsfalle um Nachricht an die Kriminalabteilung an Kr. V. A. II. 2835/20 gebeten.
Die geübteste Firma leitet auf Wiedererlangung der gestohlenen Motoren 3000 Mark Belohnung aus.
Leipzig, den 21. September 1920.

Das Postamt der Stadt Leipzig.

Die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1917 wird dahin abgeändert, daß vom 23. September 1920 an die auf 1/2 Liter lautenden Vollmilchmarken täglich nur noch mit 1/2 Liter Vollmilch beliefert werden dürfen. In Säuglinge im 4. bis 12. Monat kann gegen Vorlegung des Altersnachweises ausnahmsweise 3/4 Liter Vollmilch mehr, also 3/4 Liter, abgegeben werden.
Die Kürtina erfolgt wegen Rückgangs in der Milchfuhr, der auf die weitere Verbreitung der Maul- und Klauenseuche zurückzuführen ist.
Leipzig, am 22. September 1920.

Ernährungsamt Leipzig.

Tauscha. Für Schwerverkriebsbeschädigte Sonderzulage von 2 Paketen Hafersoden (1/2 Pf. 1,15 Pf.). Abholung der Ware bei Kaufmann Baumann.
Der Rat der Stadt Tauscha.

U. S. P. D. Tauscha (Stf. II)

Donnerstag, den 23. September, abends 7/8 Uhr im Goldenen Löwen
Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Die U. S. P. D. und die Bedingungen von Moskau.
Referent: Genosse Heinrich Fleißner.
Korreferent: Genosse Albert Meyer.
2. Freie Ausrede. — 3. Aufstellung der Delegierten zum Parteitag. — Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Bezirksvertreter. NB. Die öffentliche Mitgliederversammlung mußte umstandshalber verschoben werden.

Internationaler Bund der Kriegsopter Deutschlands
Ortsgruppe Leipzig.

An unsere Mitglieder!
Es kommen in den nächsten Tagen durchs Ortsamt für Kriegsopter verschiedene Bekleidungsgegenstände und auch Lebensmittel zur Verteilung. Mitglieder, die Interesse hierfür haben, wollen sich heute, Donnerstag und Freitag nach unterm Bureau Hundsdorffstr. 8, welches an diesen Tagen von 9-12 und 2-7 Uhr geöffnet ist, bemühen.
Die Ortsgruppenleitung.

Allgemeine Arbeiter-Union.

Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Apfelbaum, Burastraße 9.
Freitag, den 24. September, abends Punkt 7 Uhr.
Sehr wichtige Tagesordnung. Pflicht aller Genossen ist es pünktlich zu erscheinen.
Die Geschäftsleitung.

Warum stets
HERZ-STIEFEL
Weil im Gebrauch die billigsten!
Allein-Verkauf für Leipzig und Umgebung:
PAUL BÖHME
Petersstraße 4, neben Steckner

Volkshaus
Kaffee Kuchen Morgen Donnerstag ab 7/8 Uhr **Grosses Volkshaus-Ballfest.** Küche Keller

Gangsfouci Ball
Morgen ab 7/8 Uhr Sonntag ab 3/5 Uhr

Proletarische Bildungsarbeit.
Zur Einführung in das sozialistische Denken.
Zehn Lichtbildervorträge.
Sonnabend, den 25. September: **Auguste-Schmidt-Haus:**
Montag, den 27. September: **Goldene Krone, Connewitz:**
Dienstag, den 28. September: **Felsenkeller, Plagwitz:**
Donnerstag, den 30. September: **Grüne Schänke, Anger:**
Sonnabend, den 2. Oktober: **Goldene Krone, Möckern.**
Der Entwicklungsgedanke in der Natur. Redner: Genosse **Dr. Popitz** Eintritt 1 Mk. Kein Trinkzwang
Diese Vorträge sind die Einleitung zur Vortragsreihe: **Das Leben der Pflanzen, dem schließt sich an: Das Leben der Tiere.** Jede Vortragsreihe umfasst 6 Vorträge.
Preis für jede Vortragsreihe 3 Mk.
Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig
Zentralverband proletarischer Arbeiter Leipzig
Freireligiöse Gemeinde Leipzig.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig (U. S. P. D.)

Mitglieder-Versammlung
in den Westendhallen.
Donnerstag, den 23. September, abends 8 Uhr
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag und Vorschläge zu Delegierten. 2. Berichtendes.
Zutritt zur Versammlung nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.
NB. Die Funktionäre treffen sich um 6 Uhr in demselben Lokal zu einer Besprechung.

Ortsverein L.-Gohlis

Grosse Mitglieder-Versammlung
im Schiller-schloßchen, L.-Gohlis, Mendtstraße.
Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr:
Tagesordnung: 1. Stellungnahme der U. S. P. D. zur 3. Internationale. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Friedrich Geyer.** 2. Diskussion.
Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Nur Mitgliedsbücher berechtigen zum Eintritt!

Konsumverein für Gaußsch und Umg.

General-Versammlung
im Alten Gasthof zu Gaußsch.
Donnerstag, den 30. September abends 7 Uhr
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Nachprüfung der Jahresrechnung sowie Entlastung des Vorstandes. 4. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes. 5. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Erlasamännern. 6. Bericht der Verwaltung über die Verhandlung mit der Verwaltung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz wegen Verschmelzung. Anschließend Vortrag über den Wert des genossenschaftlichen Zusammenstehens. Referent: Verbandssekretär **Geffarth.** 7. Anträge der Mitglieder nach § 35 des Statuts. Die Anträge sind 5 Tage vorher beim Vorstand schriftlich einzureichen.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Markenkarte.
Der Aufsichtsrat: Sob. Fritzsche, F. Winkler.

U. S. P. D. Gross-Leipzig

Stätterig, Donnerstag, den 23. September, abends 7/8 Uhr, Fortsetzung der Mitglieder-versammlung vom 21. Sept. in der Papiermühle.
1. Bericht von der Landesversammlung. 2. Vorschläge der Delegierten zum Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I.

Mitglieder - Versammlung
Freitag, den 24. Sept., abends 7/8 Uhr:
im Saal des Rest. **Bräuner,** Könnigsstr. 11, I.
1. Vortrag des Genossen **Paul Plottke.**
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Freunde und Gönner unserer Sache sind herzlich eingeladen.
Die Bezirksleitung.

NB. Der Bezirk Westen I umfasst folgende Straßen: **Alter Amischof, Alexanderstraße, Bohlstraße, Bismarckstraße, Davidstraße, Dorotheenplatz, Hauptmannstraße, Müllerstraße, Kaiserstraße, Könnigsstr., Kurlandstraße, Mendelssohnstraße, Mooselstraße, Moritzstraße, Otto-Schiff-Str., Plagwitzer Straße, Promenadestraße, Rathausstr., Reichelstraße, Rudolfstraße, Scheiberstraße, Scheibergraben, Sebastian-Engel-Str., Seitenstraße, Weststraße, Wienstraße, Zentralstraße und Zimmerstraße.**

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen
Leipziger Buchdruckerei
Lauchaer Str. 19-21 ·· Fernsprecher 4596
Rotationsbetrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenaufgaben

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
Blutreinigungskuren, Sont. Behandlung. Voraussetzende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus dem Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. **Pfaffenzorger Str. 13, 2.**

Hellemanns Karbolsalm gegen War- ausfall. Zu hab. Bayerischer Platz, Ecke Nürnberger Str.
Haut-, Geschlechts-, Offene Beine, Amiehenheiten
u. Harnleib., uorg. nerv. Schwäche, Krampfadernschäden behandelt nach bewährter Methode **Urotheter Hauptmann,** L.-Gohlis, Markschlage 2, Straßenbahn u. Sprechzeit 10-1, 3-5, Sonnt. vorm.

Sil
macht die Wäsche frisch und duftig.
Boston Wasch- u. Bleichmittel
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 1/2stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur **Mk. 2.-** und reicht für **60-70 Liter Lauge.**
Überall käuflich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkel's Glöck-Soda.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Leipzig
Bureau: Gerberstr. 1, II, Hotel Viktoria, Zimmer 21, Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-12 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mülhngasse 26, S. II, Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Wegen Abreise
versammeln sich sämtl. Leute **Donnerstag, den 23. Sept., abends 8 Uhr, im Volkshaus** Restaurant. Gepäck noch nicht mitbringen.
Tortwerke Ober-Ost.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Leipzig
Bureau: Gerberstr. 1, II, Hotel Viktoria, Zimmer 16-18 und 20-24. Geschäftszeit: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 3-5 Uhr, Sonnabends durchgehend von 9-12 Uhr. Zimmer 20 von 3-5, Sonnabends von 1-3 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

Fachgruppe Handelsarbeiter.
Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr im **Pantheon, Dresdner Straße**
Grosse Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss am 21. September 1920.
2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsprüchs.
An alle Kollegen und Kolleginnen im Groß- und Einzelhandel ergeht der Ruf: **Erscheint in Massen!**
Die Fachgruppenleitung.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Brennholz
Lieferung zu jeder Menge
Sägewerk
Robert Melle Leipzig
Dresd. Bahnh. Ladestra. 4
Telefon 4043 u. 3612

Maschinen-, Sägerei- u. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr, im **Volkshaus, Nebenkaal.**
Info. Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redaktors **Herre** über: Die Entwicklung zum Sozialismus. Ausprache dazu. 2. Gewerkschaftliches und Branchenangelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird allgemeines Erscheinen erwartet. **Die Branchenleitung.**
Bildhauer aller Branchen
Sonnabend, den 25. September, abends 7/8 Uhr, im **Volkshaus,** 2. Verschiedenes. **Agitta, Solbildhauer!** Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Protokolle der Reichskonferenz sind erschienen. **Die Branchenleitung.**
Züchler-Anschläger
Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, im **Volkshaus,** Zimmer 5, **Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: Branchenangelegenheiten. Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich. **Die Branchenleitung.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. September.

Parteilangelegenheiten.

Beschluß

der Parteileitung Leipzig vom 20. September 1920 für die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Halle.

Der Leipziger Parteitag 1919 hat für die Wahl der Delegierten zum Parteitag folgende Bestimmungen beschlossen:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reichs von der Parteileitung nach dem am letzten Vierteljahrschluß vorhandenen Mitglieder, für die Beiträge gezahlt und an die Parteileitung anteilig abgeführt worden sind, festgelegt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu.

In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen. Befehlrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten.

Wahlgebend für das Delegationsrecht ist das am 30. Juni abgeschlossene Kalendervertriebsjahr. Die Parteileitung hat den Bezirken, die für das zweite Kalendervertriebsjahr noch keine Beiträge abgeführt haben, Frist bis zum 23. September gewährt für die Wahl der Delegierten schlägt die Parteileitung Urwahl nach dem Grundfähigen der Verhältniswahl vor. Hierbei sind die weiblichen Mitglieder entsprechend ihrer Zahl zu berücksichtigen.

Nach der Darstellung des Genossen Ludwig, Hagen, haben für das zweite Kalendervertriebsjahr von 32 Bezirken nur 17 Bezirke mit 636 938 Mitgliedern Beiträge an die Parteileitung abgeführt. Die 12 Bezirke, die dies unterlassen haben, zählten am 1. April 1920 181 027 Mitglieder. Für drei Bezirke fehlen die Angaben der Mitgliederzahlen.

Nach der Berechnung von Ludwig würden auf den Bezirk Leipzig 80 Delegierte für den Parteitag entfallen. Durch die Nachfrist der Parteileitung wird sich die Zahl verringern, doch mindestens 60 betragen.

Die Aufstellung des Landesvorstandes ergab für den Bezirk Leipzig am 30. Juni 1920 folgende Mitgliederzahlen:

| Kreisorganisation | weibliche | männliche | zusammen |
|-------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Döbeln | 181 | 1 808 | 1 989 |
| Grimma-Oschlag-Burgen (1. Quartial) | 595 | 3 134 | 4 029 |
| Groß-Leipzig | 12 180 | 48 206 | 60 386 |
| Borna | 375 | 4 069 | 4 444 |
| Summa: | 13 031 | 57 217 | 70 248 |

Nach dem Beschluß der Landesversammlung gehen die Mitglieder der Bezirke Meissen und Siebenlehn vom Leipziger Bezirk ab. Es kommen hinzu die Bezirke: Burgstädt, Hainichen und Mittweida.

Die Mitglieder dieser Bezirke sind abzurechnen bzw. zuzurechnen, doch wird die Gesamtzahl der Mitglieder des Bezirks sich wenig verschieben.

Nehmen wir an, daß der Bezirk 70 Delegierte zu entsenden hätte, dann würden die Kreisorganisationen Delegierte zu wählen haben:

| Kreisorganisation | weibliche | männliche | zusammen |
|-----------------------|-----------|-----------|-----------|
| Döbeln | — | 1 | 1 |
| Grimma-Oschlag-Burgen | 1 | 3 | 4 |
| Groß-Leipzig | 12 | 48 | 60 |
| Borna | — | 4 | 4 |
| Burgstädt-Mittweida | — | 1 | 1 |
| Summa: | 13 | 57 | 70 |

Der Bezirk Hainichen würde zum Bezirk Döbeln zu rechnen sein.

Bei genauer Feststellung der Mitgliederzahl des Kreisvereins Grimma-Oschlag-Burgen für das zweite Kalendervertriebsjahr würde sich das Verhältnis entsprechend verschieben.

Richtlinien.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Parteitages sind alle Mandate voll in Anspruch zu nehmen.

Die Wahl erfolgt durch Urwahl nach der Verhältniswahl, die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl zu berücksichtigen.

Wahlberechtigt ist, wer bis zum 30. Juni mindestens einen Wochenbeitrag geleistet hat und mit seinen Beiträgen nicht länger als sechs Wochen im Rückstande ist. Erwerbslose, denen die Beiträge teilweise oder ganz erlassen sind und denen die Markensfelder abgestempelt wurden, sind wahlberechtigt.

Das Wahlrecht wird am Sitz des Ortsvereins ausübt.

Wahlbar ist, wer mindestens seit Bestehen der U.S.P. Deutschlands, Ostern 1917, ununterbrochen Mitglied war und seine Beiträge, einschließlich Wahlfonds, voll entrichtet hat, oder sie ihm als Erwerbsloser erlassen worden sind, oder erst nach Beendigung der Militärzeit die Mitgliedschaft erworben konnte.

Für Mitglieder, die von andern sozialistischen Parteien zur U.S.P. übergetreten sind, gelten diese Bedingungen, wenn sie ebenfalls sozialistisch-politisch organisiert waren.

Ortsvereine bzw. Ortsgruppen (wo dies nicht tunlich ist, die Bezirksversammlungen) machen bis zum

26. September 1920

nem Kreisvorstand Kandidatenvorschläge. Jeder vorgeschlagene Kandidat hat zu erklären, ob er für oder gegen die Aufnahmebedingungen für Mostau ist. Der Kreisvorstand, in Groß-Leipzig die Parteileitung, stellt die Bewerber und Verneiner in besonderen Listen zusammen, und bestimmt deren Reihenfolge, wobei Wünsche der Bewerber und Verneiner zu berücksichtigen sind. Diese Listen werden in der Leipziger Volkszeitung und in der Volkszeitung für das Mitteldeutschland vor der Delegiertenwahl veröffentlicht.

Vor der Wahl ist ein Flugblatt, in dem die Abstimmungsfrage besprochen wird, an alle Mitglieder zu verteilen.

Sonntag, dem 3. Oktober 1920

von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Die Mitglieder der Bezirke Borsdorf, Buscha, Brandis und Rötha wählen mit Groß-Leipzig.

Es wird nur abgestimmt über die Annahmebedingungen, und sind Stimmzettel mit dem Bemerk: ich bin für oder gegen die Annahme der Aufnahmebedingungen, in zwei Arten dem Flugblatt abtrennbar beizubringen.

Über die Kandidaten selbst wird nicht abgestimmt. Die Ortsvereinsvorstände teilen das Wahlergebnis am 4. Oktober der Kreisleitung bis 12 Uhr mittags mit. Die Kreisleitung stellt das Ergebnis der Abstimmung für den Kreis fest und veröffentlicht es.

Als gewählt gelten sozial Kandidaten der jeweiligen Liste, als auf ihre Gruppe Stimmen im Kreis entfallen sind.

In Kreisorganisationen, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, entscheidet die Mehrheit der Stimmen.

Die Wahlhandlung.

Jeder Ortsverein, der bis 2500 Mitglieder zählt, hat in der Regel ein Wahllokal festzustellen. Ortsvereine, die mehr Mitglieder haben, müssen mindestens auf je 2500 Mitglieder ein Wahllokal benennen.

Jedes Wahllokal ist während der Wahldauer mit mindestens drei Genossen zu besetzen, die den Wahlvorstand bilden.

Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Vor der Abstimmung ist die Wahlberechtigung festzustellen. Die Stimmzettel sind in einem geschlossenen Behälter zu sammeln, der während der Wahlhandlung verschlossen sein muß. Vor Eintritt in die Wahlhandlung muß festgestellt werden, daß die Urne leer ist.

Die erfolgte Wahl ist durch Stempel „gewählt“ auf der Markenseite 1920 im Mitgliedsbuch zu vermerken.

Stimmzettel, die nicht eindeutig den Willen des Abstimmenden erkennen lassen, sind ungültig.

Über das Ergebnis der Wahl sind zwei Niederschriften anzufertigen, eine ist dem Kreisvorstand (Kreissekretariat) einzuwenden.

Erklärung.

Gegen den Genossen P. Blotke, Leipzig, wurde von Parteigenossen der Vorwurf erhoben, daß er im September 1914, als er beim Artillerieregiment in Riesa diente, zu patriotischen Zwecken ein Quartett gebildet habe, daß dieses Quartett zu patriotischen Zwecken Konzerte veranstaltete und in einem am 30. September 1914 in Riesa abgehaltenen Konzert eine patriotische Rede gehalten habe und diese mit einem Hoch auf Kaiser und Reich geschloßen habe. Ein vom Vorstand Groß-Leipzig eingesetzter Untersuchungsausschuß hat in einer Sitzung vom 17. Mai d. J. durch Vernehmung von Zeugen versucht, die Anschuldigungen nachzuprüfen. Die Kommission kam zu dem Ergebnis: „Nach den gemachten Erhebungen gelangte die Untersuchungskommission zu dem Schluß, daß die gegen Blotke erhobenen Anschuldigungen nicht einwandfrei erwiesen sind.“

Gegen diesen Schiedsspruch erhob Genosse Blotke Einspruch bei der Parteileitung. Die Parteileitung trat am 20. September zur Prüfung dieser Angelegenheit zusammen. In dieser Sitzung legte der Genosse Blotke das Programm jenes Konzertes gedruckt vor, ferner die Nummer des Riesaer Tagesblattes vom 28. September und 1. Oktober 1914. Außerdem ein Schreiben vom Rat der Stadt Riesa vom 7. Oktober 1914. Aus der Zeitung geht hervor, daß bei der Batterie des Feldart. Reg. 32 drei Herren zusammengetroffen waren, die vor 16 Jahren ein Quartett gebildet hatten. Zu diesen drei Herren ist Blotke als 2. Tenor hinzugezogen worden. Zu dem am 30. September 1914 in Höpners Hotel veranstalteten Wohltätigkeitskonzert zum Besten der im Kriege Gefallenen ist auch das Quartett zur Mitwirkung herangezogen worden. Aus dem Programm geht hervor, daß das Quartett vier Lieder vorgetragen hat, die in jedem Arbeiterkonzert gelungen werden. Bei der Eröffnung des Konzertes hielt Genosse Blotke eine Ansprache. Aus dem Bericht der Zeitung geht hervor, daß er seine Rede in folgender Weise beendet hat: „Zu Ehren der im Felde stehenden Kameraden forderte er die Anwesenden auf, sich von den Plätzen zu erheben und einzustimmen in ein dreifaches Hurra.“

Aus dem Schreiben des Rates der Stadt Riesa ist ersichtlich, daß der Reinertrag des Konzertes von 668,50 Mk. zur Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen gefallener Riesaer Krieger verwendet worden ist. Das Konzert ist wiederholt worden, es ergab einen Reinertrag von 118,36 Mk. Dieser Betrag ist zur Unterstützung Riesaer, durch den Krieg in Not geratene Einwohner verwendet worden.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Genosse Weigel hatte im Vorstand von Groß-Leipzig zugegeben, daß die im Schiedsspruch erwähnten Worte „nicht einwandfrei“ durch ein Versehen hineingekommen seien.

Nach den von bürgerlicher Seite herrührenden Belegen, in denen sicher das Ausbringen eines Kaiserhochs erwähnt worden wäre, sah die Bezirksleitung von einer Zeugenvernehmung ab. Die Bezirksleitung gab auf Grund dieser Erklärung dem Einspruch des Genossen Blotke Folge und entschied: für keinen der drei Beschuldigten ist der Beweis erbracht. Dem Genossen Blotke ist aus seinem Mitwirken im Quartett und im Konzert kein Vorwurf zu machen.

Die Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig.

Rich. Lipinski, Friedrich Ruchtern,

F. Lorius, Berta Thiel,

Herm. Seidel.

Ortsverein Plagwitz-Vindennau-Schleußig, Morgen Donnerstags, abends 8 Uhr, Sitzung der Funktionäre in den Westendhallen. Der Vorstand.

Neuherer Süden, Donnerstag, abends 8 Uhr, Stadt Leipzig, Zweitan: Wichtige Besprechung. Aufstellung der Kandidaten.

Schönefeld, Donnerstag, den 23. September, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant zur Krone, Dimpfestr. 15.

Soz. Rede- und Leservereinigung Wahren, Donnerstag, den 23. September, Zusammenkunft. Referent: Genosse Lehrer Gläfer. Gäste willkommen.

Parteil delegierte, Gewerkschaftsvorstände und Industriegruppenräte!

Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Gesellschaftsraum. Genosse Jenßen-Berlin spricht über: Die Ausbildung der Betriebsräte. — Kartellausschuß 5 Uhr im Volkshaus.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Gewerkschaftslogen, Sonntag, den 28. September, vormittags 10 Uhr, im Zoologischen Garten: Die russischen Gewerkschaften. Referent ist ein Genosse der russischen Gewerkschaftsdelegation.

Jakob Krugs Bestattung.

Auf dem Südfriedhof wurde am Dienstagmorgens die Bestattung des Genossen Jakob Krug vorgenommen. Es war ein freundlicher, milder Spätsommerstag, an dem sich viele Genossinnen und Genossen, bürgerliche Stadtverordnete zu der Trauerfeier zusammenfanden. In der Kapelle war der Sarg mit der Leiche aufgebahrt mitten im Blumenschmuck, umrahmt von zahlreichen Lichtern. Farbe Orgelklänge eröffneten die Feier, worauf Arbeiterlieder das Lied „Ich möchte hingehen wie das Abendrot“ anstimmten. Darauf ergriff Genosse Alfred Herze das Wort, der im Namen der Partei an den Verstorbenen die Abschiedsworte richtete. Er führte aus, daß die Trauergemeinde an der Bahre eines Mannes stehe, der nur noch eine Lebensaufgabe zu erfüllen gehabt habe, nämlich zu wirken für die Entertsten. Ein hoher Denksinn habe ihn befeuert, wie er nicht alltäglich sei. Der Verstorbenen sei bestrebt gewesen, sein Wissen zu bereichern. Er stamme aus kleinen Verhältnissen; die Volksschule habe auch an ihm gekündet, und doch habe er sich geistig emporgearbeitet. Er habe sich in selbstloser Weise für die Partei betätigt. Krug

hätte nicht nach äußeren Ehren gegiebt. Er sei ein Werkemann, eine beschreibende Natur gewesen und habe die Arbeit um der Arbeit willen verrichtet. Mit ganzem Herzen, mit allen Sinnen sei er dabei gewesen. Der Verstorbene werde in der Erinnerung der Leipziger Arbeiter fortleben. Genosse Herze rief dem Verstorbenen vor der Fahrt zu der reinen Flamme ein herzlichstes Fahre wohl zu. Hierauf widmete Herr Bizvorsteher Dr. Jund im Namen der Stadtverordneten dem Verstorbenen Worte des Dankes und der Anerkennung. Er wäre zu früh aus dem Leben geschieden. Jakob Krug sei eines der arbeitsfreudigsten Mitglieder des Kollektivums und ein zielbewusster Vertreter des werktätigen Volkes gewesen. Er habe sich auch in die Gedankengänge Andersdenkender hineinzuversetzen gewußt. Der Verstorbene sei ein lebenswärtiger Mensch gewesen. Der Redner legte am Sarge eine Palme, geschnitten mit den städtischen Farben, nieder. Alsdann sprach im Namen der unabhängigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Scheib. Die Fraktion hätte den Verstorbenen mit den ehrenvollsten Ämtern betraut. Er sei in einer Anzahl Ausschüsse tätig gewesen, und er habe sich die Achtung der Gegner erungen. Genosse Scheib erinnerte mit bewegten Worten an seine und Krugs Beurteilung zu vier Monaten Gefängnis. Der Verstorbene habe sich einen Denkstein errichtet, der ihm nie vergessen werden würde. Mit einem Reim von Freiligrath schloß Scheib seine Rede, wobei er dem Verstorbenen ein „Habe Dank!“ zurief und einen Kranz niederlegte. Im Namen des Bildungsinstituts sprach Genosse Schmidt, der die Verdienste Krugs um die Bildungsbestrebungen und um die Jugendbewegung würdigte. Namens des Betriebsrats der städtischen Straßenbahn ergriff Genosse Schwartz das Wort, um dem Verstorbenen den Dank auszusprechen für seine Tätigkeit im Straßenbahn-Verwaltungsausschuß. Im Namen des Personals der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft legte der Vorsitzende des Betriebsrats, Genosse von der La, einen Kranz mit einigen Worten der Widmung am Sarge nieder. Wieder zogen leise Orgelklänge durch den großen Raum. Dann sang der Arbeiterchor „Wenn sich zwei Herzen scheiden“. Die schlichte, aber eindrucksvolle Feier war beendet. Der Sarg wurde der Flamme übergeben.

Wohnungsnot und Baukostenzuschüsse.

Vom Rat der Stadt Leipzig wird uns geschrieben: Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, ist der Rat beim Ministerium des Innern dagegen vorstellig geworden, daß die Stadt Leipzig bei der Verteilung der vom sächsischen Staat zur Genüherung von Wohnungsneubauten zur Verfügung gestellten 50 Millionen Mark ganz ungenügend berücksichtigt worden war und hatte beantragt, die Zuschüsse für Leipzig zu erhöhen. Wie das Ministerium des Innern mitteilt, ist es zu seinem Bedauern unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage, diesem Antrage zu entsprechen. Es hat zwar nicht verkannt, daß die auf Leipzig für 1920 entfallenden 3 Millionen angesichts der auf dem Leipziger Wohnungsmarkt herrschenden drückenden Notlage nur eine ganz geringe Hilfe bedeuten, hat aber darauf hingewiesen, daß nicht außer acht gelassen werden dürfe, daß

1. Die im laufenden Jahre für ganz Sachsen verfügblichen Beihilfemittel bei weitem nicht zur Deckung des vorhandenen Gesamtbedarfes ausreichen und deshalb ungefähr nur ein Drittel aller vorliegenden Anträge hätten befriedigt werden können,

2. Leipzig im Vorjahre im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden, die mindestens in gleicher Notlage sich befinden (beispielsweise Chemnitz) sehr reichlich mit Baukostenzuschüssen bedacht worden sei,

3. von den auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig für 1920 entfallenden 3,8 Millionen Mark annähernd 1,5 Millionen Mark Leipziger Umwiedlern — mittelbar also auch der Stadt Leipzig — zugute kämen. Eine Verteilung der Beihilfemittel lediglich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen zu der zur Verfügung stehenden Gesamtsomme erscheine zwar logisch, könne aber keineswegs zugebilligt werden, da die Verteilung dann nach einem rein schematischen Maßstab hätte gehandhabt werden müssen. Vielmehr müßten verschiedene Gesichtspunkte, wie die Wirtschaftlichkeit, soziale und volkswirtschaftliche Gründe (Umwiedlung, Kriegsbeschädigtenanstellung usw.) in erster Linie in Betracht gezogen werden. Von einer wirklichen Benachteiligung Leipzigs zugunsten anderer Gemeinden könne also nicht die Rede sein.

Das Ministerium hat ferner mitgeteilt, daß zur Zeit Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium schweben wegen Bereitstellung weiterer Mittel, für die nach dem Zuschußverfahren für 1919 ausgeführten Bauten, für deren Fertigstellung betanntlich nach der Anordnung des Reichsarbeitsministers ein Teil der für 1920 bewilligten Mittel verwendet werden mußten. Wenn durch eine Nachbewilligung weiterer Mittel für 1919 ein Teil der Mittel für 1920 noch frei werden sollte, so würde das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — die Stadt Leipzig alsdann gern mit weiteren Zuschüssen mit berücksichtigen. Im übrigen soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Großstädte Dresden und Chemnitz, sowie zahlreiche andere Gemeinden und Amtshauptmannschaften in ähnlichem Sinne wie die Stadt Leipzig beim Landeswohnungsamt vorstellig geworden sind, ohne daß ihnen — und zwar eben deshalb, weil die für ganz Sachsen ausgeworfenen Gesamtmittel völlig unzureichend sind — eine über das ursprünglich zugesagte hinausgehende Hilfe gefestert werden kann.

Wie der Rat nachträglich mitteilt, hat das Ministerium des Innern noch weitere 3 Millionen Mark Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt.

Seelenverkäufer in Leipzig. Wie uns mitgeteilt wird, ist in den letzten Tagen ein Transport von Arbeitern aufgenommen worden, der nach Tuchel (früher Westpreußen, jetzt polnisches Gebiet) gehen sollte. Angeblich sollten die Leute — 330 an der Zahl — in einem Torfwerk arbeiten. Von Berlin und Schneidemühl sollen bereits Transporte abgegangen sein. Die Angaben, die von den Werberrn gemacht werden, widersprechen sich. Sie wissen nichts Bestimmtes zu sagen. Offenbar ist es ihnen nur darum zu tun, die Arbeiter über die Grenze zu bringen und dafür das Geld einzustecken. Es wird den Arbeitern ein Tageslohn von 80 Mark versprochen. Dabei kommt es sehr darauf an, ob es polnische oder deutsche Mark sind, denn die deutsche Mark gilt in Polen fünfmal mehr als die polnische Mark, und wer nur 60 polnische Mark erhält, muß verkommen. Das Arbeitsamt in Leipzig ist in dieser Sache übergegangen worden. Die Polizei stellt bereits Ermittlungen an. Wir warnen jeden deutschen Arbeiter, sich nach Polen verschleppen zu lassen. Er kommt wohl hinein, ob er aber wieder zurückkehrt, ist sehr fraglich. Der deutsche Arbeiter gerät in die Sklaverei oder es droht ihm auch die Gefahr, als Kanonenhüter an die Front geschleppt zu werden. Jeder Werber sollte unverzüglich festgenommen und der Polizei übergeben werden.

Wo bleibt das Fleisch? Am 20. September 1920 wurden wie uns der Zentralverband der Fleischer schreibt, auf dem hiesigen Schlachthofe, für die Einkaufsgenossenschaft der Fleischermeister 30 Stück bestes Großvieh geschlachtet. Zur Zeit besteht die

Swangswirbelhaft des jüdischen noch. Wie ist es möglich, daß eine Gruppe dieses Vieh, das nur als Aufwuch eingestuft werden konnte (es bestehen in allen Provinzen des Reiches Ausfuhrverbote) eingeliefert wird, und wer erhält das Fleisch? Schnellbar bekommt es nur das zahlungsfähige Publikum, während Minderbemittelte Cornebees oder höchstens Geirerschfleisch erhalten. Was sagt der Rat der Stadt Leipzig dazu?

Ein Schwindler ist kürzlich im Osten Leipzigs aufgetreten. Er verfuhr „Reistbeträge“ für die Volksetzungen zu erhalten. „Reistbeträge“ der Volksetzungen kann er nicht vorlegen, er hat die „Reistbeträge“ in Listen aufgeführt. Diese Listen stellte der Gauner zweifelslos nach dem Inkongruenz der Volksetzungen auf. Er belücht Aufgeber kleiner Bar-Inkongruenzen und gibt an, bei Berechnung der betreffenden Inkongruenzen seien Irrtümer unterlaufen. Verlangt werden nur kleine Beträge, aber die Waile muß es bringen. Vor dem Betrüger sei gewarnt! Unser Kassenbote holt selbstverständlich für uns Geldbeträge nicht nach Listen ein, er legt vielmehr quittierbare Rechnungen vor, die den Vorstand Leipziger Volksetzungen oder Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft fragen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
(Verlag der Leipziger Volksetzungen).

Ein gefährlicher Sport wird von gewissen Post-Angelegenheiten getrieben. Manche Letter haben ihren Ehrgeiz darin, im kürzesten Tempo, besonders bei Dunkelheit, in den engen Korridoren des Postgebäudes hineinzulaufen. Am Dienstagabend 9.55 Uhr reitete sich mehrere Postkassen nur durch zufällige Zuffränge vor dem Postauto III 8413. Gleich darauf tobte III 8804 im gleichen Tempo daher. Ruhig erlief jemand ins Gras beißen, ehe den leichtfertigen Leuten klar wird, daß die Post alles andre, aber kein lebensgefährliches Verkehrsmitel ist!

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Leipzig, macht seine Mitglieder auf ein Inkongruenz in der heutigen Nummer unseres Blattes aufmerksam.

Wage von Petroleum ohne Marken. Vom Gewerbeamt wird uns mitgeteilt, daß Petroleum von den Kleinhandlern bis auf weiteres ohne Marken abgegeben werden darf. Die Kleinhandwerker dürfen das Petroleum ab Laden nicht höher als 4,75 Mk. das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 4,90 Mk. das Liter berechnen. Den Gewerbebetrieblenden steht es nach wie vor frei, Petroleum auf Anweisung der Gewerbeaufsichtsbeamten um, für gewerbetechliche Zwecke zu beziehen.

Amerikanische Liebesgabe. In Leipzig ist durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes als amerikanische Liebesgabe ein Sak Buder an den Verein der Kinderkinder überliefert worden.

Für den Fernsprechbeitrag, der am 1. Oktober fällig ist, gewährt auch die Sparkasse der Stadt Leipzig Darlehen, und zwar auf 10 Jahre unlosbar. Die Verzinsung des Darlehens erfolgt in der Weise, daß die von der Post gezahlten Zinsen an die Sparkasse gewährt werden und außerdem von dem Darlehensnehmer ein Zuschlag von bis zur Höhe des jeweiligen Monatsbetrags (jezt 6 Prozent) zu entrichten ist. Anträge werden möglichst bald bei der Hauptverwaltung der Sparkasse, Otto-Schill-Str. 4, erbeten, wo auch jede weitere Auskunft erteilt wird.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 23. September.
Abgabe, Kotos, und Kunstspeisefett für Erwerbslose: Ausgabestelle im Schumann, Nr. 7801—8800, vorm. 9—1 Uhr.

Vollzeinnachrichten.

Warnung vor einer gemeinlichlichen Schwindlerin. In den letzten Wochen ist wiederholt eine Frauensperson hier aufgetreten, die eine Anzahl Gütdarstellungen von ansehnlichen Beträgen betrogen hat. Sie verspricht, aus „Dankepartei“ für ein Nachtantritt, das ihr aus Barmherzigkeit gewährt worden ist, Lebensmittel — natürlich kostenlos — zu besorgen und bestellt einige Tage später ihr Opfer zu einer bestimmten Stunde nach dem Hauptbahnhofe, findet sich jedoch nicht dort ein, sondern benützt die Zeit der Abwesenheit der Inhaber aus der Wohnung, bei deren Nachbarsleuten zu klingeln und ihnen zu erzählen, daß sie für die „leider“ abwesende Nachbarin ein Paket mit Mehl, Butter und anderen guten Sachen, verpackungsgemäß bei der Bahn hinterlegt habe; der Wert dieses Paketes betrage „sowas viel“ — in einem Falle 80 Mk. Die Nachbarin glaubt der Überbringerin dieser freudigen Nachricht auch anstandslos den geforderten Betrag, und wenn dann die „glückliche“ Vorfalsin das hinterlegte Gepäckstück in den Händen hat, stellt es sich heraus, daß eine gemeine Schwindlerin ihr wertvollstes Spiel mit ihr getrieben hat. Es wird vor dieser Person, die sich meist Martha Meiser nennt, aber auch andere Namen führt und in Wirklichkeit die am 21. April 1885 in Naumburg geborene Martha Anna Einzler ist, gewarnt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie, die augenblicklich ihr Arbeitsfeld andersonach nach auswärtig verlegt hat, demnächst erneut hier auftaucht. Bei ihrem Betreffen lasse man die Schwindlerin sofort festnehmen.

Geldwagen-Kleber in Leipzig an der Arbeit! Seine Betrüger, die leichtgläubige Personen dadurch zu schädigen suchen, daß sie ihnen fast wertlose, nur ganz schwach vergoldete Schmelzlacke, Uhren, Ketten und dergleichen, als edle Sachen zu einem den wirklichen Wert um das Vielfache übersteigenden Preise zum Kaufe anbieten, treten jetzt wieder sehr häufig in den Straßen, Promenadenanlagen und Schaufestlichkeiten hier auf. In der Regel suchen sie sich Leute als ihre Opfer, bei denen sie eine gewisse Gütdarstellung und Unerfahrenheit in solchen Dingen vermuten und denen sie dann mit großer Jungensgewandtheit ihre Ware aufschwätzen versuchen. Vor derartigen Betrügern wird hiermit gewarnt. Personen, die sich in dieser Weise verächtlich machen, lasse man festnehmen.

Noch eine Verichtigung.

In Nr. 102 der L. B. werden anschließend an eine Verichtigung von mir weitere unwahre schmutzige Behauptungen aufgestellt, was mich zwingt, die Zeitung erneut in Anspruch zu nehmen. Es wird behauptet, daß ich freiwillig acht Tage früher zum Militär gegangen bin, als es meine Order verlangte.

Ich stelle dazu fest, daß meine Order auf den vierten Mobilmachungstag lautete, und ich auch keine Stunde früher als am genannten Tage mich unter Begleitung dreier Genossen im Stellungstotal eingestunden habe. Zu dem angeblichen Gesinnungswandel während der Kriegszeit hoffe ich, daß der tapfere Genosse,

der das behauptet, gegen mich ein Untersuchungsverfahren einzuleiten lassen wird, um diesen Gesinnungswandel nachzuweisen.

Auf die ganz gemeine Verdächtigung, daß ich nur deshalb mich in die Arbeiterbewegung begeben habe, weil mir die Revolution einen andern Weg versperrt habe, habe ich folgendes zu bemerken: Ich bin bereits als junger Mensch und lange vor dem Kriege als Funktionär in der Arbeiterbewegung tätig. Ich glaube damit die Gemeinheit zurückgewiesen zu haben.

Betreffs der Landtagskandidatur muß ich feststellen, daß ich in meinem Heimatort mit niemand darüber gesprochen haben kann, da ich vor der Aufstellung nicht dort gewesen bin. Ich erwarte aber von dem Artikelschreiber, daß er mir die Person nennt, der ich angeblich gekämpft haben soll.

Die Arbeiterbewegung wird am besten bei dieser Kampfwiese erkennen, auf welcher Seite mit welchen Waffen gekämpft wird. Im übrigen muß es bei den Genossen, die mit solchen Waffen kämpfen, um ihre Sache schlecht bestellt sein.

Wir haben in dem Artikel über die Sonderkonferenz darauf hingewiesen, wie vergriffen es wirken muß, wenn den Gegnern der Moskauer Bedingungen nachgegeben wird, daß sie aus persönlichen Gründen handeln. Trotz dieser Mahnung bediente sich der Genosse Zippel am nächsten Tage wieder dieser schmutzigen Argumente, indem er behauptete, die Genossen, die über die 3. Internationale anderer Meinung sind, sollten von der Redaktion der L. B. bei der Arbeiterbewegung in den Schmutz gezogen werden. Nach dieser neuesten Leistung Zippels war es notwendig, daß wir einmal aus unserer Reserve heraustreten und an einem praktischen Beispiel zeigten, wie die Leute aussehen, die solche schmutzigen Methoden gegen Andersdenkende anwenden. Nichts lag näher, wie den Genossen Zippel als Beispiel dafür anzuwenden, wir wollten damit auch gleich etwas erzehrerisch zu wirken. Daß darauf Genosse Zippel in biederemännlicher Entrüstung seinen Vorrat an Schimpfwörtern gegen uns erschöpft, macht weiter nichts aus, das ist bei so neugebackenen Revolutionären einmal nicht anders. Sachlich hat Genosse Zippel unsere Feststellung über seine Kriegsbegleitung und über seine kriegerische Laufbahn nicht zu erschüttern vermocht. Wir haben durchaus nicht behauptet, daß Zippel nur deshalb in der Arbeiterbewegung stehe, weil ihm die Revolution einen andern Weg abgeschnitten habe. So etwas behaupten wir nicht, weil wir es nicht beweisen können. Zippel stellt fest, daß er in seinem Heimatort mit niemand über seine Landtagskandidatur gesprochen hat. Das ist sehr bequem, wie kommt es aber, daß in seinem Heimatstädtchen noch vor seiner Aufstellung als Kandidat erzählt wird, daß er jetzt sogar Landtagsabgeordneter wird?

Wenn Zippel meint, es müsse um die Sache schlecht stehen, um die mit solchen Waffen gekämpft wird, so stimmen wir dem zu, denn damit trifft sich Zippel selbst. Hoffentlich lernt Zippel aus der Lektion, in Zukunft mit anständigen Mitteln zu kämpfen.

Noch eine Anzahl Verichtigungen.

Teilnehmer an der Sonderkonferenz vom Sonnabend sehen den Versuch fort, durch sogenante Verichtigungen, die Einzelheiten bestreiten, den Eindruck unseres Berichts abzuschwächen. Wir wollen dieser durchsichtigen Taktik gegenüber feststellen, daß einige Artikel, die dem Berichterstatter unterlaufen sind, an der Hauptsache nichts ändern. Der Kern dessen, was wir berichtet haben, bleibt bestehen. Es bleibt dabei, daß die Sonderkonferenz einen Festzugsplan zur Zerfällung der Partei beraten hat. Ob die Teilnehmer hundertmal beteuern, daß sie das, was sie wollen, nicht als Zerfällung der Partei auffassen, ist sehr gleichgültig. Die „Reinigung“ der Partei, die sie wollen, bedeutet nun einmal die Spaltung, und ihre mehr oder minder gute Absicht, in der sie diese betreiben, ändert an der harten Tatsache gar nichts. Wir hatten gestern festgestellt, daß in keiner der Verichtigungen Bestritten werde, in der Sonderkonferenz sei gefordert worden, die Partei müsse von den Elementen gereinigt werden, die die Moskauer Bedingungen nicht annehmen wollen, weiter nicht, daß empfohlen wurde, die Kote Fahne zu lesen, noch daß die Redaktion der Leipziger Volkszeitung mit Hilfe des Prekomintees ausgeräumt werden soll und daß die Teilnehmer an der Sonderkonferenz den ganzen Parteiapparat in die Hände bekommen wollen, endlich nicht, daß gesagt worden ist, den Führern, die gegen die Bedingungen sind, gehe es nur um ihren Posten.

Den Teilnehmern der Konferenz ist nun nachträglich aufgedämmert, daß die gestrigen Verichtigungen also nur eine Bestätigung des Wesentlichen gewesen sind, was in unserm Bericht gesagt wurde. Sie möchten diese fatale Dummheit nun heute ungeschicklich machen und Genosse Burke, der Leiter der Konferenz, hat sich deshalb hingesezt und nachträglich folgende „Verichtigung“ aufgesetzt, die wir unsern Lesern nur deshalb vorsehen, um ihnen zu zeigen, mit wie kläglichem Mitteln von jener Seite gearbeitet wird. Genosse Burke schreibt also:

„Ich habe mich bisher nicht veranlaßt gesehen, als Leiter der „Sonderkonferenz“ zu den vielen Verichtigungen, deren Zahl die Zuverlässigkeit Ihres „Berichterstatters“ so trefflich illustriert, auch noch eine hinzu zufügen, weil ich in der letzten Zeitungserklärung am 21. September in Gegenwart mehrerer Redakteure der Leipziger Volkszeitung die Unwahrheiten des Berichts richtigstellte. Da Sie dennoch ausdrücklich diese Unwahrheiten als „nicht erschüttert“ bezeichneten, sehe ich mich veranlaßt, folgendes festzustellen:

Es ist nicht wahr, daß ich das Zimmer bestellt habe; ich habe lediglich bei der Geschäftsleitung des Volkshauses gefragt, ob das Zimmer bestellt ist.

Es ist nicht wahr, daß ein Festzugsplan zur Zerfällung der Partei beraten wurde. Es wurde nur beraten, wie wir einem möglichst großen Kreise von Mitgliedern die Gründe für den Anschluß an die 3. Internationale zugänglich machen können, die ihnen von der Leipziger Volkszeitung vorzuenthalten werden. Es wurde betont, daß dies bei der Tragweite der zu treffenden Entscheidung gerade im Interesse der Partei unsterblich ist.

Es ist nicht wahr, daß die Reinigung von Elementen verlangt wurde, die die Bedingungen nicht annehmen wollen (also Spaltung der Partei), sondern es wurde gesagt, daß diejenigen, die mit den Grundfäden der Partei nicht einverstanden sind, in ihr nichts mehr zu suchen haben. Das entspricht der Bedingung 21. und es muß doch gestatet sein, für die Annahme der Bedingungen einzutreten, genau wie wir das Gegenteil niemandem verwehren.

Es ist nicht wahr, daß empfohlen wurde, die Kote Fahne zu lesen. Ein Redner sagte nur: da lese ich lieber die Kote Fahne. Ich selbst erklärte unter allgemeiner Zustimmung, daß wir die Leipziger Volkszeitung, von der wir hoffen, daß sie noch ein besseres revolutionäres Blatt wird, zu fördern haben.

Es ist nicht wahr, daß gesagt wurde, die Redaktion soll mit Hilfe des Prekomintees ausgeräumt werden; aber es wurde gesagt, daß die Mitglieder des Prekomintees durch energischere Arbeit werden sollen, die eine objektivere Haltung des Blattes erzwingen.

Es ist nicht wahr, daß die Teilnehmer der Sonderkonferenz den Parteiapparat in die Hände bekommen wollen. Es ist direkt unbegreiflich, wie die Redaktion auf einen solchen Witz hin einschlagen kann. Gesagt wurde, die Partei soll nicht gespalten werden, sondern als ganze revolutioniert werden.

Wahr ist, daß gesagt wurde, daß es den Führern, die gegen die Bedingungen sind, nur um ihre Posten zu tun ist. Aber die Konferenz kann doch nichts dafür, wenn ein Teilnehmer diese Ansicht hat und sie äußert; ja, wir können nicht die geringste Garantie übernehmen, daß diese Ansicht nicht von vielen Teilnehmern geteilt wird.

Ich glaube nunmehr richtig sagen zu können, daß ein solcher Bericht, an dem aber auch alles unwahr oder verdreht ist, noch nicht da war.

Schade ist es um unsere kostbaren Nachstunden, die man zum Weiterlesen derartiger Spitzberichte verwenden muß. Und wo bleibt der Name dieses Ehrenmannes???

Mit Parteigrüß
Otto Burke.

Wir haben dazu folgendes festzustellen: In der letzten Zeitungserklärung hatte Burke im ganzen nichts weiter mitzutellen als das, was ungefähr in den gestrigen Verichtigungen stand, und im übrigen hat er den Bericht in Wahrung und Bogen als unwahr bezeichnet. Das ist natürlich leicht, aber es beweist sehr wenig.

Es scheint uns auch ziemlich wenig zu beweisen, daß Burke, wie er mit schöner Genauigkeit feststellt, nicht das Zimmer bestellt, sondern nur gefragt hat, ob es bestellt ist. Aber das scheint ja Burke sehr wichtig zu sein.

Die Behauptung, daß die Sonderkonferenz keinen Festzugsplan zur Zerfällung der Partei beraten habe, haben wir schon oben gewürdigt. Daß die Leipziger Volkszeitung den Genossen die Gründe für den Anschluß an die 3. Internationale vorzuenthalten habe, ist unwar, wie unsere Leser wissen. Sie hat eine ganze Reihe von Artikeln der Beschwörer des Anschlusses zu den Moskauer Bedingungen gebracht.

Wortklauberer ist der nächste Absatz. Wer zweifelt daran, daß die Genossen, die die Bedingungen nicht annehmen wollen, auf Grund dieser Bedingungen aus der Partei hinaufgeschmissen werden, wenn die sogenannte Linke die Mehrheit erlangt? Das ist ja Moskauer Forderung, die seine Anhänger doch getreu erfüllen werden! Man wird den unbecuamten Opponenten ja mit Leidenschaft und mit der nötigen Auslegungskunst beweisen, daß sie grundfänglich opponieren.

Ob die Äußerung eines Redners, er lese lieber die Kote Fahne, eine Empfehlung der Kote Fahne gewesen ist, überlassen wir ruhig dem Urteil unserer Leser. Demgegenüber will die konventionelle Erklärung, daß man die Leipziger Volkszeitung zu fördern habe, nicht viel sagen.

Der nächste Absatz ist wiederum eine Wortklaubererei. Die Konferenzler sollen uns doch nicht vorheucheln wollen, daß sie mit der jetzigen Redaktion der Leipziger Volkszeitung ein revolutionäres Blatt — wie sie diesen Begriff fälschlich verstehen — machen wollen. Sie wollen ebenso wie die Moskauer, die Redaktion der Leipziger Volkszeitung in die Hand bekommen.

Ebenso ist es Wortklaubererei, wenn behauptet wird, die Konferenzler wollten nicht den ganzen Parteiapparat an sich reißen. Sie sollen uns doch nicht vorheucheln, daß sie etwa „die Partei revolutionieren“ wollen mit Hilfe der jetzigen Führer, daß sie die Absicht haben, die jetzigen Leiter des Parteiapparats umzustimmen, daß sie auch nur an die Möglichkeit einer Umstimmung glauben. Sie müssen also schon, wenn sie halbwegs logisch denken, die Absicht haben, den Parteiapparat zu erobern, um die führenden Stellen mit ihren Leuten zu besetzen.

Außerordentlich bezeichnend für die noble Kampfesart der Konferenzler und des Genossen Burke insbesondere ist die Art, wie er sich zu der Äußerung stellt, daß es den Führern, die gegen die Bedingungen sind, nur um ihren Posten zu tun ist. Er ist so feige, offen zu sagen, daß er sich diesen kläglichsten Anwurf zu eigen macht, aber er gibt durch die Blume zu verstehen, daß sehr viele oder alle Teilnehmer der Konferenz mit dieser schlossen Unterstellung innerlich übereinstimmen, wie ja auch daraus hervorgeht, daß die Äußerung in der Konferenz nicht zurückgewiesen worden ist. Es hat also keiner der Teilnehmer daran Anstoß genommen. Wir sind über diese noble Gesinnung weder erstaunt noch können wir uns darüber entrüsten. Aber so viel Verdacht sollten die Konferenzler eigentlich noch haben, um sich sagen zu können, daß Postenkleber und -jäger gescheiter taten, in das große Horn der

Zöllinger und seine Zucht.

von Konrad Voelke.
11) Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Kyrielleison beobachtete Hera nur oberflächlich. Seine Besuche galten vielmehr Zöllinger, dem er mißtraute. Durchaus nicht wegen der Zuchtmagd und ihrer Bißheit, sondern wegen Knobbes Tochter Jolbe. Der Arzt hatte sich vorgenommen, Jolbe zu heiraten, die Einleitungen zu diesem Akte waren auch schon ganz zweckmäßig betrieben worden. Jolbe hatte ihn früher bei jeder Gelegenheit konsultiert, und er wußte genau, was unter ihrem germanischen, schwarzweißrot gesäumten Gewande steckte. Jetzt auf einmal war Jolbe spröde geworden. Sie lachte ihn aus, wenn er sich nach ihrer Gesundheit erkundigte. Ihr ganzes Benehmen schrie ihm zu:

„Bemühen Sie sich nicht, Herr Rat; ich bin mopsfidel auch ohne Sie!“

Diese unliebsame Veränderung ihres Wesens war eingetreten, seit er sie einmal vor Zöllingers Tür überrascht hatte. Damals war sie rot geworden, was sonst selten geschah.

„Der alte Halsunke hat mir das goldene Gänsechen verhehrt!“

So suchte er grimmig, aber aus Jolbe bekam er nichts heraus, und Zöllinger war in jeder Weise auf seiner Hut. Kyrielleison wandte sich an Knobbe, den erwünschten Schwiegervater, und ließ sich von dem die Oberaufsicht über Zöllingers Betriebe übertragen. Er verstand aber als Chirurg wenig von Chemie und wollte sich vor Zöllinger auch nicht gern blamieren. Ansolgedessen begünstigte er sich

damit, eine oberdeutsche Amtsmiene aufzusetzen und Zöllinger möglichst oft bei der Arbeit zu stören. Dann und wann stellte er auch eine Frage, durch die er seine Unwissenheit vertie.

„Was bedeutet dieses gelbe Zeug auf dem Lastwagen da vor der Küche, Sie widerlicher Billendrehler?“

Zöllinger hielt ihm untertänigst jedesmal einen längeren Vortrag.

„Mit Ihrer gültigen Erlaubnis steht da ein Wagen voll Bazillennährstoffe, die, wie Euer Gnaden wissen, damals von der Masse als Speise abgesehen wurde. Jetzt versehen wir diesen ausgezeichneten Nährstoff mit anregenden Salzen und verfüttern ihn an die Zöllinger. Das kostet nichts als den Transport, und so hofft das Nähramt, die Reifestände, es handelt sich um einige hunderttausend Doppelzentner, allmählich aufzubrauchen.“

„Lassen Sie Ihr Geschwätz! Aber wozu brauchen Sie monatlich hundert Liter Spiritus? Wehe Ihnen!“

Zöllinger brachte die Verbrauchstabellen.

„Ihr verdamnter Giftmischer! Und was soll der diese Schweinslederband auf Ihrem Tische?“

Kyrielleison schlug die Apotheke des weltberühmten Hofmanns auf und las ein paar Zeilen, die vom Hirschhorn handelten.

„Der meiste Theil aber meiner, die Hörner ablegende Kraft der Hirsche rühre von dem Genießen und Essen der Schlangen. Denn die Hirsche essen Schlangen, daß sie wiederum jung werden.“

„Was soll dieser Unsinn, Zöllinger?“

„Ich bediene mich dieses Wertes zur Erlangung eines Gott wohlgefalligen Stiles für meine eigenen jämmerlichen Aufzeichnungen.“

Was wollte Oberdeutsch-Knobbes Tochter Fräulein Jolbe in Ihrer Stinkbude? Hä?

„Das gnädigste Fräulein geruhte, mich im Auftrag ihres hochverehrungswürdigen Herrn Vaters zu befragen, ob ich mir etwa geheime Listen zuschneiden kommen ließe. Ich, der treueste Diener meines Herrn!“

„Halten Sie Ihr Maul!“

Solche Gespräche führten sie fast alle Tage, und Zöllinger ergabte sich daran. „Aha, ich merke was!“ sprach er zu sich, wenn der Arzt endlich gegangen war. „Warum fragt dieser geistige Bulle nach Knobbes Kröte? Joldchen läßt ihn rappeln; Joldchen hat ihr Stehaufmännchen. Nur so weiter! Jetzt sei klug, liebe Seele. Aber das fällt mir nicht schwer; man hat mich zum Geschnuidegwerben lange genug getreten.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Don Juan — Das Mädchen des Cremites). Mozart, in trefflicher Wiedergabe, wirkte tief auf das wahrhaft andächtige Publikum des Bildungsinstituts. Wohlthuend bezührte die Zurückhaltung dieses Publikums in den kurzen Pausen; kein Geklatz, weder mit Händen, noch mit Lippen. Diesmal sang Jäger den Oktavo, und es war eine sehr laubere Leistung. Selten habe ich seinen Tenor so rein und strahlend gehört. — Mailards reizvolle Oper kam recht liebreich heraus. Unverantwortlich, zwei Neubestellungen herauszugeben, ohne daß man, anscheinend, auch nur eine Verständigungsprobe für nötig gehalten hätte. Jand aber doch eine statt, dann um so schlimmer. Angefächelt dieser Sachlage ist um so mehr anzuerkennen, daß sich Paula Engert gelanglich und Georg Woynt im Spiel recht gut in die Partien der Tibauts fanden. Rufe

„revolutionären“ Anhänger des Moskauer Diktats zu stoßen. Durch die Opposition gegen die Bedingungen leitete die Führer — das kann jedes Kind sehen — ihren Posten um ihrer Ueberzeugung Willen aufs Spiel, während sie im andern Falle nichts zu riskieren hätten, wie die Entscheidung des Parteitag auch fallen möge. Das nur nebenbei.

Die Kraftworte des Genossen Burke über den noch nie dagewesenen unmaßnah Bericht entspringen sich also bei näherem Zusehen als Spiegelschere, die nur zeigen, wie richtig im wesentlichen der Bericht ist.

Außerdem erhalten wir noch folgende Zushrift: „In dem Artikel „Parteiherren in Leipzig an der Arbeit“ läßt mich der Bericht die Ausführungen machen, die mit den von mir gemachten weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach übereinstimmen. Ich habe lediglich zu der Artfrage gesprochen. Um so entschiedenere muß ich mich gegen den Vorwurf, „Parteierspaltung zu treiben“, verwahren. Es ist wohl das gute Recht eines jeden Leipziger Parteigenossen, anderer Meinung zu sein als einige Volkszeitungs-Redakteure.“

Max Groß,
Leipzig-Blasewitz.

Wir bestritten dem Genossen Groß nicht das Recht, anderer Meinung zu sein, als einige Volkszeitungsredakteure. Aber darum handelt es sich wohl nicht.

Endlich schickt uns Genosse Viktor Stern noch eine Richtigstellung, worin er dagegen protestiert, daß wir gestern zwei Sätze gestrichen haben. Er behauptet, er habe darin den Genossen Rente und die Leipziger Volkszeitung nur für den Fall beschimpft, daß sie gegen ihn den Vorwurf der Wählererei oder gar Wahlenjägerei erhoben haben bzw. ihn nicht zurücknehmen. Wir halten unsern Standpunkt dazu aufrecht. Das Schreiben heißt:

„Endlich stelle ich fest, daß in dem Bericht vom 10. September, der mir vorliegt, nichts enthalten ist, was sich im geringsten mit den Charakteristiken bezieht, die mir von Ihnen vorgeworfen wurden.“

Darüber kann man zweierlei Meinung sein. Feststeht ist in dem Bericht, daß die sogenannte Linke in Dresden Stern als Leiter des Dresdner Blattes in feste Aussicht genommen hatte. Man kann daraufhin wohl annehmen, daß sie sich darob mit Stern in Verbindung gesetzt hat. Wenn Stern hinterher, als er sah, daß die Verbindung sauer sind, in einer öffentlichen Erklärung gesagt hat, daß er nicht der Leiter des Dresdner Parteiblatts werden wolle, so spricht das nicht gegen die Annahme, daß er die Bemühungen seiner Dresdner Freunde ganz gern gesehen hat.

Sächsische Angelegenheiten.

Kommunistische Kampfwelge.

Der Appell der sächsischen Regierung an die Dresdner Arbeiter, den auch wir scharf kritisieren, gab dem Kommunisten dem Organ der KAPD, Sachsens, in dem Herr Otto Kühle sein Anwesen treibt, Veranlassung zu einer mühen Hege. Wir bedanken uns, folgende Stippen zu veröffentlichen, die auf den sächsischen Ministerpräsidenten und dem Kommissar:

„Es ist der bezahlte Knecht der Bourgeoisie. Der Kettenhund des Kapitals. Er muß die Arbeiter, die ihre Hand nach dem Tisch der Eaten und Schlemmer austrecken wagen, abwehren und zurücktreiben, muß sie bedrohen und niederschlagen. Was er in jahrzehntelanger Parteijugendzeit und sozialvolkswirtschaftlicher Wirksamkeit gelernt hat, reicht eben hin, um die idiotischen und unverschämten Mafie vormaliger Sozialisten abzuschmiegen und sie als eigne Weisheit und die Erzeugnisse einer Revolutionsregierung verlinken zu lassen... Es hat schon einmal einen sächsischen Minister gegeben, der verzweifelte Arbeiter bis aufs Blut reizte — unter Protektorenkäse, Pflanzenschein und Hülchen fand er sein Ende in der Erde... Wir würden aufrichtig bedauern, wenn aus das des Neulings treffen sollte. Denn mit ihm müß noch über ganz andre Dinge Abschnung gehalten werden müssen... Vor dem ersten Arbeitertribunal der Revolution wird er als Angeklagter zu erscheinen haben und das Urteil empfangen, das seinen Taten entspricht. Es wird kein mildes Urteil werden.“

Diesen Erguß kann nur ein Verbrecher oder ein Verflüchter geschrieben haben. Bei erhöhten Gemütern muß er wirken wie eine Aufforderung zum Mord. Es bedarf wohl keines Wortes, daß jeder eifrige und vernünftige Revolutionär eine derartige Kampfwelge, die letzten Endes nur die Reaktion häßt, verwerfen muß. Die Vorbehalte, die der Kommunist macht und das Bedauern, das er heuchelt, falls es Bude so gehen sollte, wie Neuring, scheinen nur gemacht zu sein, um hinterher den Unschuldigen mimen zu können. Da die KAPD von Spitzeln und Provokatoren wimmelt, ist es nicht ausgeschlossen, daß irgendein Subjekt der Reaktion bei dem Erguß die Hand im Spiele hat. Die Arbeiterschaft tut gut, gegen diese Sorte Volksfreunde äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Die Zahl der Verbleibenden in Sachsen.

Am 15. August gab es in Sachsen 120 247 Hauptunterstützungs empfänger, darunter 45 562 weibliche, außerdem noch 101 622 Zuschlagsempfänger, je daß im ganzen 221 869 Erwachsene verbanden waren. Am 1. September erstellten Hauptunterstützungs 118 912, darunter 44 379 weibliche, außerdem noch 104 291 Zuschlagsunterstützungen, zusammen also 223 144.

Neue Bestimmungen der Grenzspitze.

zweiten Sach wird der tschecho-slowakische. Und von zuverlässiger Seite gemeldet wird, von der tschecho-slowakischen Regierung verfügt worden. Vom Sonnabend, dem 18. Sep-

tember, ab wird danach für Reisen nach dem tschecho-slowakischen Staat über den 10-Kilometer-Umkreis hinaus ein Paß mit dem Bium der tschecho-slowakischen Vertretungsbehörde verlangt. Passen die werden nicht erteilt werden, sondern nur solche zum dreimaligen Ueberschreiten der Grenze hin und zurück. Ausschlaggebend hierbei ist noch der Umstand, daß für die Ausstellung eines solchen Passes eine Gebühr von etwa 80 Kronen verlangt wird. Die Kosten sind demnach so hohe und die Schwierigkeiten des Grenzübertritts so groß, daß der bisherige Grenzverkehr, der sehr rege war, nunmehr gänzlich in Frage gestellt ist.

1. und 2. Klavierabend Leonid Kreuzer. Heimgekehrt vom Schlaghahnwettbewerb in feudalen Seebädern, befinnt sich Leipzigs bürgerliche Gesellschaft darauf, daß es nächst dem Geldverdienen auch Winters über standesgemäße Gelegenheiten geben sollte, den Mamonn wieder loszuwerden: man nennt das dann „Kultur-aufgaben erfüllen“. Die Mannege der Klavierabende und Gesangsabende, der Konzeptsaal, tut sich auf und mit fürnehmer Langeweile läßt der Bürger sich für sein Geld etwas vormachen. Was, ist ziemlich egal, nur nichts allzu Aufregendes soll es sein. Von Zeit zu Zeit eine kleine Sensation in Gestalt einer musikalischen Veräulmtheit, sonst aber Ruhe und Ordnung auch in künstlerischen Dingen. Damit ist der Durchschnittsbedarf eines Leipziger Spielers gedeckt. Von einem inneren Verhältnis zur Kunst kann nur selten die Rede sein. Darum ist klar und eindeutig die Forderung zu erheben, daß diese überflüssigen Snobs immer mehr von dem Genuß der angemaßten Kulturgrüter ausgeschlossen werden. Das Proletariat muß auch die bürgerliche Kultur erobern, genau so wie die politische Macht. Expropriation der Expropriateure auch hier! Daß diese zu übernehmende Kultur stark gepflegt werden muß, daß dieses Faule, Ungelunde, dem proletarischen Bewußtsein schädliche von erfahrenen Bildungsfunktionären ausgegert werden muß, diese Tatsachen können die grundsätzliche Forderung nicht beeinflussen: Den Kulturgenuß der arbeitenden Klasse! Dann wird erst Johannes Brahms' tiefaufwühlende F-Moll-Sonate den rechten, andachtsvollen Hörerkreis haben, dann wird der Schumann'sche „Davidsbündlermarsch“ gegen die Philister (am Schlusse des „Carnaval“) erst den rechten kampositoren Widerhall in den Herzen derer finden, die aus revolutionärem Empfinden heraus allen Spieler- und Philistertum abschöpfen. Chopin aber, dem der zweite Abend ausschließlich gehörte, wird sich ganz neu erschließen als Ausdruck der

Illischen Seele, wird eine Brücke sein der Verständigung zwischen den arbeitenden Klassen von Ost und West, jenen Klassen, die von wirtschaftlicher Not zusammengeschweiselt nun auch kulturell Wege zu höherer Einheit suchen. — Leonid Kreuzer verfährt recht eigenwillig mit seinen Opfern. Nicht nur, daß er die Tempi gegen Ende unmäßig beschleunigt, auch im Ausdruck — welsch harter Anschlag oft! — verfährt er nicht als getreuer Verbeweiser. Seine Chopin-Auslegung ward nur der einen Seite, dem Rasig-Verdenkhaftlichen, gerecht, nicht aber dem Sanghaft-Gefühlsvollen. Ly.

Fernsprechanleihe und Sparkassen.

Die Dresdner Sparkasse beabsichtigt, den Fernsprechanleihen die Zahlung der am 1. Oktober fälligen Fernsprechanleihe gegen eine geringe Entschädigung, die vielleicht höchstens 2 Prozent betragen dürfte, abzunehmen. Die endgültige Entscheidung wird wahrscheinlich noch in dieser Woche fallen. Die Fernsprechanleihen, die von dem Angebot der Sparkasse Gebrauch machen würden, müßten sich allerdings bereit erweisen, auf die vom Reich verwährlichten 4 Prozent Zinsen zu verzichten und diese der Sparkasse abzutreten. Trozdem würde dies noch eine wesentliche Verbilligung für sie bedeuten, da sie somit von allen sonstigen Zahlungen befreit würden.

Uns der Umgebung Leipzigs.

1. Beucha. Aus dem Gemeinderat. Zur Wahl in den Steuerauswahls werden der Amtshauptmannschaft die Herren Schlegel, Brunner, Wahschke und Naumann in Vorschlag gebracht. In den Vertretungsausschuss des Ortschafts wurden gewählt: die Herren Dr. Wolff, S. Warentin jun. und G. Wahschke. Die Amtshauptmannschaft Grimma hat die gründliche Räumung des Totengrabens verfügt. Zweck einheitlicher Durchführung soll mit der Gemeinde Kleinleinberg in Verbindung getreten werden. Der Rathsgraben soll von der Gemeinde Beucha gereinigt werden. Die Gemeinde Albrechtshain klagt über die schlechte Beschaffenheit des Leitungswassers und wünscht die Errichtung einer Enteisungsanlage. Hierbei wurde besonders betont, daß die Gemeinde Albrechtshain zum großen Teil selbst Schuld trage, weil durch die Benutzung noch bestehender Privatbrunnen zu wenig Wasser entnommen wird und dadurch ein nachteiliger Einfluss auf die Beschaffenheit des in der Leitung stehenden Wassers ausgeübt wird. Durch restlose Entnahme allen Wassers aus der Leitung würde wesentlich zur Besserung beigetragen werden. Unter den jetzigen Verhältnissen einen nach der allgemeinen guten Beschaffenheit des Wassers nicht unbedingt nötigen Bau einer Enteisungsanlage zu fordern, ist unverständlich. Eine enorme Verletzung des Wassers müßte eintreten, und die Folge würde sein, daß die Gemeinde Albrechtshain noch weniger Wasser verbrauchen, und der Zweck der Enteisungsanlage würde wieder illusorisch gemacht. Das Ortschafts zur Regelung der Gehälter der Beamten und Angestellten der Gemeinde Beucha stand zur Beratung. Die Ausschüsse, die es vorbereiten haben, wollen in nächster Sitzung berichten. In erstmaliger Abstimmung erfolgte die Annahme einstimmig. Die Besoldung soll nach Gruppe V erfolgen. Militärärzter erhalten aber nur 80 Proz. der angeführten Sätze. Von diesen nimmt man offenbar an, daß sie von den Teuerungsverhältnissen um 20 Proz. weniger betroffen werden. Oder sieht man sie als minderwertig an? Von Anerkennung einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung zeigt diese Maßnahme keinesfalls. Nachdem 20 Proz. abgezogen sind, folgt man „großmütig“ einen Satz ein, nach welchem eine event. bezogene Militärärzter nicht in Anrechnung gebracht werden kann. Aus welchen Gesichtspunkten mahnt sich „der freiwirtschaftliche“ Gemeinderat das Recht an, Militärärzter beim Gesamtentkommen mit in Betracht zu ziehen? Besagt doch das Besoldungsgesetz in § 89 ausdrücklich, daß Besoldungsgebühren auf Entgelt einer Beschäftigung keinesfalls angerechnet werden dürfen. Hier geht es aber bei einer öffentlichen Körperschaft. Ein „gutes“ Vorbild. Lehrer Fr. hatte in seiner Wohnungsangelegenheit an das Mieteinigungsamt in Grimma gewendet. Seine dort gemachten Angaben wurden als der Wahrheit nicht entsprechend scharf gerügt. Ihm wurde Wohnung im Grundstück Nr. 1b bei M. zugewiesen. Der zwangsweise aus seiner Wohnung in Nr. 55 gebrochte Z. wollte sich nicht aufregeben. Ihm ist nun durch Urteil bestätigt worden, daß die Gemeinde korrekt und rechtmäßig vorgegangen ist. Im übrigen brachten andere Fälle eine lebhafte Ausschüsse. Beim Hausbesitzer Sp. soll angeblich eine Wohnung leer stehen. Wenn dies zutrifft, soll die Beschlagsnahme erfolgen. Bemerkt sei, daß die betr. Wohnung vom Mieteinigungsamt dem Besitzer bereits ausproben ist. Ob die Beschlagsnahme da noch angänglich ist, ist fraglich, da diese infolge Instandsetzung eine Zeitlang leer stehen mußte. Die diesjährige Pflanzenernte brachte 4080,20 Mt.

Außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Dresden, den 18. September 1920.

Die Statutenberatung nimmt vorläufigenmäßig kurze Zeit in Anspruch. Der vom Vorstand vorgelegte Entwurf wird mit den dreizügigen Beratung getroffenen Abänderungen der Statutenberatungskommission angenommen. Abgelehnt wird die von der Kommission vorgeschlagene Fassung des § 2, nach der der Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht und sein Ziel die Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise ist. — Die Beiträge betragen künftig in zwei Klassen 2 Mt. und 2,50 Mt. Daneben sind zwei Klassen zu 50 Pfa. und 1 Mt. vorgesehen, und

Operetten-Theater. In der Aufführung von Fräulein Bud war Frieda Reitz als Soubrette zwar nicht besonders, doch im Spiel zeigte sie jodel Lebendigkeit und nativen Humor, daß man nichts daran auszuweisen hat. Offenlich gefallt es dem Arbeiterbildungs-institut durch die neue Erregung der Operaufführungen, das Arbeiterpublikum von der Operettentrost ganz zu bereiten. L.

Konzert im Kaufhaus. Es ist unglaublich, daß die Herren Improvisos nicht den Unterschied von fertigen und unfertigen Klavieren sehen; es liegt doch schon in ihrem eigenen Interesse, dem Publikum nur gutes zu bieten. Herrn Felix Höhne fehlt fast alles, was zum Gelingen gehört. Technik und Bogenführung sind noch mangelhaft, Klavierletten und Doppeltaste nicht rein; nur ein bloßes Kaffeehaus-Kantilene besitzt er. Was den Vortrag anbelangt, so ist von Geil nicht viel zu spüren, und die Schubert-Sonate von Beethoven hat darunter entsetzlich leiden müssen. Auch Herr Fritz Trebs ist kein Kammermusikspieler. Wenn er auch sonst auf den leichtesten so kam es hier doch vor, daß die Violine so wackeln unter dem Klavier lag. Das H-moll-Konzert von Saint-Saens gelang auch nicht gut, nur das Andantino quasi Allegretto war leidlich.

Städtisches Theater. In der heutigen Aufführung von Verdis Troubadour liegt die Partie der Leonore erstmalig Liene Martini.

Schauspielhaus. Auf viele Anfragen hin macht die Direktion darauf aufmerksam, daß sich im Kartenverkauf des Schauspielhauses nichts geändert hat. Die Kasse ist nach wie vor von 10-3 Uhr für Ledermann geöffnet. Auch für die Nahrung

zwar 50 Pfa. für Altionsonäre und Junaiden und 1 Mt. für Jünglinge und Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Zu den Unterstützungsleistungen ist eine Erwerbslosenunterstützung hinzugekommen, nach der im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit Unterstützung bis zum Betrage von 420 Mt. in einer Unterstützungsperiode gewährt wird. Die Unterstützung in Todesfällen hat eine Änderung infolge erfahren, als Altionsonäre, die bei ihrem Eintritt in den Verband auf Erwerbslosensunterstützung verzicht leisten, das Sterbegehalt in allen Fällen um 100 Prozent erhöht wird. — Die Erweiterung des Verbandes besteht künftig aus 21 Mitgliedern, und zwar 10 besoldeten und 11 unbesoldeten. Die letzteren werden auf der Generalversammlung aus verschiedenen Ortsgruppen des Landes gewählt. Die neuen Satzungen treten am 1. Januar 1921 in Kraft.

Den Bericht der Beschwerdekommmission erstattet Ulrich-Berlin. Die Kommission hatte 10 Fälle zu untersuchen. In einem Falle wird vorgeschlagen, den Beschluß der Jenaer Generalversammlung, nach dem ein Angestellter seines Amtes entsetzt war, rückgängig zu machen. Eine lebhafte Diskussion legt über den Fall Geschle ein. Geschle wurde vom Vorstand aus dem Verbande ausgeschlossen, „auf Grund seines verabschiedeten „treibens“. Seine Ablicht, den Verband in das kommunistische Fahrwasser zu lenken, hätte nach der Auffassung des Vorstandes die Spaltung des Verbandes zur Folge gehabt. Der Ausschluß des Vorstandes schloß sich seinerzeit die Beschwerdekommmission an. Die von der Generalversammlung eingesele Kommission schlägt nun vor, den Ausschluß rückgängig zu machen, Geschle aber für zwei Jahre die Fähigkeiten zur Bekleidung von Verbandsämtern abzuschneiden. Das Vorstandsmittglied Apfisch empfiehlt weiter Ablehnung des Kommissionsvorschlags. Darauf wird in namenlicher Abstimmung mit 137 gegen 95 Stimmen beschlossen, den Ausschluß Geschles aufrechtzuerhalten.

Darauf erstattet die Rechnungskommission ihren Bericht. Im Anschluß daran werden die Gehälter der Verbandsangestellten neu geregelt. Weiter wird der Vorstand verpflichtet, bis zum 1. Januar 1921 eine Vorlage zu schaffen zur Sicherung angemeßener Unfall- und Pensionsbezüge.

Zur Vorstandswahl werden den Delegierten zwei Vorschlagslisten unterbreitet. Die eine enthält die von beiden Abteilungen gemeinsam gemachten Vorschläge, während die andre kurz vor der Wahl eingebracht die besonderen Vorschläge der Opposition bringt. In geheimer Abstimmung werden gewählt: zu Vorsitzenden Scheffel-Berlin, Bernh. Mannheim, Kohur-Berlin und als Kassierer Dräger-Berlin, als besoldete Sekretäre Apfisch-Magdeburg, Breunig-Berlin, Thade-Berlin, Kaufhub-Berlin, Thielemann-Berlin, Wenzel-Leipzig; unbesoldete Vorstandsmitglieder: Hedderu-Hamburg, Eysen-Köln, Gudel-Hannover, Gago-Halle, Ruhn-Berlin, Hermann, Matthäus, Nürnberg, Richter-Leipzig, Spanner-München, Schacher-Erlurt, Schaffer-Breslau. — In die Beschwerdekommmission werden gewählt: Wüthoff-Essen, Ulrich-Berlin, Wer-Kassel, Konrowitz-Danzig, Gruber-Cannstatt. — Nach kurzer Beratung läßt der neugewählte Vorstand durch den Vorsitzenden Scheffel erklären, daß er bereit sei, die Wahl anzunehmen. Im Zusammenhang damit spricht er dem bisherigen und legt von seinem Posten scheidenden Vorsitzenden Brunner den Dank der Generalversammlung aus. Er hebt hervor, daß die Eisenbahner- und die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Tätigkeit Brunners außerordentlich viel verdankt.

Als Ort des nächsten Verbandstages wird München festgelegt.

Unter Punkt: Erhebung sonstiger Anträge gelangt die bei der Berichterstattung zur Betriebsratsfrage bereits erwähnte Entschlossenung des Vorstandes zur Annahme. — Eine andere Entschlossenung, in der eine Revision des Verfallers Friedensvertrages, ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Kreise gegen die Reaktion und gegen den internationalen Kapitalismus gefordert wird, findet einstimmige Annahme. — Nach kurzer Begründung durch das Vorstandsmittglied Kohur wird beschlossen, dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium folgendes dringliche Telegramm zu übermitteln:

„Verzögerung der Vorschlagszahlung hat in Bayern große Erregung ausgelöst. Arbeitseinstellungen werden angebroht. Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ersucht, auf schnellstem Wege Vorschlagszahlung veranlassen zu wollen.“

erner werden drei Entschlossenungen an die zuständigen Ministerien und den Reichstag angenommen, in denen gefordert wird:

1. Eine Verbesserung des dem Besoldungsausschuß des Reichstages vorgelegten Referentenentwurfes nach den Vorschlägen der Verbandsvertreter;
2. die sofortige Verabschiedung des dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurfes betr. Ergänzung und Regelung von Bezügen der Beamtenpensionäre, der Beamtenwitwen und -Waisen. Im Zusammenhang damit wird ein ausreichender Zuschuß aus Reichsmitteln für die Arbeiterpensionäre und die Arbeiterwitwen und -Waisen gefordert; und
3. zur Regelung der Einkommensverhältnisse der Diätäre Ausgleichsleistungen nach den Satzungen des Reichslohntarifes an alle Diätäre, die bisher noch unberücksichtigt geblieben sind.

Nach den Schlussworten des Bezirksleiters Wirtz, des Dresdner Ortsbeamten Claus und des Vorsitzenden Scheffel wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband in später Abendstunde geschlossen.

Kartenhaber (die jetzt gleichzeitig Mitglieder der Theatergemeinde sind) ist alles beim alten geblieben, mit dem einzigen Unterschied, daß sie jetzt volle 14 Tage vorher bestellen können. Die erste Marke der Jahreskarte ist bis zum 5. Oktober einzulösen, und es empfiehlt sich den Besuch nicht aufzuschieben, da der Andrang zu den letzten Vorstellungen des Spielabschnittes erfahrungsgemäß sehr stark ist. Der erste Spielabschnitt (jeder Spielabschnitt umfaßt 3 Wochen) läuft am 5. Oktober ab. — Wegen Erkrankung Reinhold Vaqués kann und Pippa tanzt erst am Sonnabend gegeben werden, am Donnerstag ist dafür das Drama Max Halbes, Mutter Erde.

Vollbüchne. Die Einakter Der Kuffak, Die Mumienshand, Die Klüßen der Seele und Der gutbezahlte Keumann bleiben noch bis inklusive Mittwoch, den 20. d. M., auf dem Spielplan. Am Donnerstag, dem 30. September, bleibt das Theater wegen der Vorbereitungen zu Rühmen von Heibronn geschlossen. Mit diesem Schauspiel Heirichs von Keitz wird am Freitag, dem 1. Oktober, die Winterperiode und damit das zweite Spieljahr der Leipziger Volkbüchne eröffnet. Als zweites Stück wird Felix Hübbels Drama Die Rühmen vorbereitet, von dem die Volkbüchne Anfang Oktober die Uraufführung veranstaltet. — Die Serien 24, 25 und 26 der neunten und letzten Spielwoche haben noch je eine Vorstellung zu gute. Die Mitglieder dieser drei Serien erhalten ihre Vorstellung am 29., 30. und 31. Oktober.

Sozialistischer 17: Fortsetzung der Diskussion über die Theesen der kommunistischen Internationale.

Der Thomauerchor tritt dieser Tage unter Leitung von Herrn Professor Straube eine dreiwöchige Reise nach Standhavan an, in deren Verlauf er Kopenhagen, Malmö, Göteborg, Christiania und Bergen besuchen wird, um dort geistliche und weltliche Konzerte zu geben.

Der Verband oberdeutscher Volkbüchereien e. B. in Gleiwh gibt im Heimatverlag Oberhessen, Gleiwh, 16 Kunstblätter 15:10 in Kupferdruck heraus. Die 2 Wappen zu je 8 Bildern kosten je 3 Mt. und bieten Andenkenaufnahmen aus Bütteln und Stuben.

Im Terpentingehalt liegt der Hauptunterschied



zwischen gewöhnlicher Ware und

Dr. Geniners Schuhputz Nigrin mit Banderole
denn nur reines Terpenfinöl wird zu dessen Herstellung verwendet, erzeugter raschen Glanz und weiches, geschmeidiges Leder.
Rotstern-Bleichsoda — frei von Füllstoffen und Beschwerungsmitteln — wird auf Lager nicht feucht.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Stettin)

Sucht zum sofortigen Antritt einen
1. Geschäftsführer
mit Verwaltung und Kalkulation vertraut. Mindestens 5 Jahre Verbandsmitgliedschaft. Auf dem Boden der Stuttgarter Verbands-Generaltorverammlungs-Beschlüsse stehend.
Reflektiert wird nur auf erste Kraft.
Bevorzugt werden solche Kollegen, welche angeführten Posten bereits bekleidet haben.
Gehalt nach der auf der Stuttgarter Generalversammlung beschlossenen Lohnskala.
Gesuche unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit Niederchrift, sowie die Aufgaben eines 1. Geschäftsführers sind bis spätestens 30. September mit der Aufschrift „Bewerbung“ an H. Frank, Stettin, Guitav-Adolf-Strasse 9, zu richten.

Lohnenden Nebenverdienst

finden Angestellte in größeren Betrieben durch den Verkauf von Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak usw. Nur bekannte Marken! Original-Fabrikpreise! Vorteilhafte Bedingungen!
Engros-Lager
Leipzig-Schleußig, Seumestraße 1

Lernende Verkäuferin

Sucht bei gutem Lohn Schuhwarenhaus
Carl Scholz, Leipzig-Centralfisch
Magdalenenstraße 31.

Eine durchaus perfekte Sefflerin

für Drahtbuchstempelmaschine (System Brekmer), die die Maschine vollständig beherrscht, für dauernde Stellung nach Dresden gesucht.
Offerten unter L. 96 an die Expedition d. Blattes

Verkäufe

la. Alt-Märter Speisefartoffeln

Bentner 34 Markt
Stäbe, Kohlenstraße 4.

Zigarren

aus überseeischen Tabaken
Nf. 60.— pro 100 Stück
Lieferung per Nachnahme.
Vitor Mühlhoh, Meiseldorf.

Kautabak

Beisamen, Rolle nur 50 Wk.
Doms-Büchlein 1,50 Wk.
Redderien, Rolle 2,00
Engländer, Rolle 2,50
Amerikan, Rolle 3,50
Etkerstr. 3, u. Werderstr. 40.

Brennholz

In allen Sorten, ostentana
geschritten, sowie
markenfreies

Brenntorf

durchaus trockene, schwarze
Ware v. hoher Heizkr., liefert
Mitteldeutscher Briquet-Vertrieb
Friedrich König
Leipzig-Kleinzschocher
Bernsdorfer Str. 40/41.

Billigste Bezugsquelle für
Händler in

Kernseife

harte Ware, ist Däbrh.
Eimerstraße 9, III. Mitte

Trauringe

Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6.

500 Ulster

Sportpaletots // Anzüge // Cutaway // Fracks
Smokings // Pelierinen // Hosen // Joppen
— jetzt ganz bedeutend billiger. —
Spezial-
Abteilung: Verleth-Institut eleg. Gesellschaftsanzüge.
J. Kindermann
Neumarkt 1, I. Etage

Billige Hauswebwaren!

Kleider- u. Blusenstoffe, Handtuchstoffe 6.50 p. Mt.
Günstig für Wiederverkäufer! Espia, Rudolfstr. 4.

Angebot von besonderer Preiswürdigkeit in Qualitätswaren hervorragender Art durch den Erwerb gewaltiger Mengen!

3000 Paar

plattierte schwere regulär gestricke
Kinder- und Frauenstrümpfe
Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8
bis zu 3 6 8 12 3
8,75 10.— 12,25 13,50 14,50 16,25 17,75 19,50
Größe 9 u. 10 für Erwachsene 21.— u. 23,50

3000 Paar

reinwoll. aus feinst. Kammgarnen regulär gestr.
Kinder- und Frauenstrümpfe
Gr. 3 4 5 6 7 8 9 10
bis zu 5 8 12 3. Erwachsene
20,50 22,50 25,50 27,50 30,50 33,50 36,50 38,50

2000 Paar

schwere graue u. schwarze
Männersocken
Paar 28,50 19,50 18,50 10,50

600 Paar

la. reinwoll. Kaschmir-Strümpfe
engl. lang, Paar 36,50 28,50

1000 Stück

Trikot-Herren-Hemden
68,50 62,50 58,50 28.—

1000 Kilo la. Strick-Wolle

reines Kammgarn
Kilo 170.— 160.— 150.— 110.—
Page 50 gr. 8,75 8.— 7,50 5,50

Engros-Abteilung:

Für Händler und Wiederverkäufer
besondere Preislisten!

Kaufhaus

Gebr. Held & Lindenau

Perseburger Str. 84
Ecke Demmeringstr.

Umständehalber billig!!
2 Jodett-Anzüge, mittl. Gr.
Jodett-Anzüge Nf. 175 u. 275
Cutaway m. Nf. 275, Gehrod-
ana 400, Winterübergieck 75
W-Rod. neu, Lange St. 10, I.*
Kaufh. Ans. at W. Hof. Spt.
Dole, Wurz. Str. 182, Waldher

Jetzt ist es Zeit!
Alte Damen- und Herrenhüte
werden in meiner Hutfabrik auf
neueste Formen umgepresst

Färben der Hüte in schwarz, rot,
grün, braun und blau

Feinste Ausführung! Billige Preise!
Schnellste Bedienung!

Elisabeth Schulze

Katharinenstr. 13 und Königsplatz 7
Ecke Markthallenstr.

Grad

zu verkaufen
So. Ewaldstr. 26, II. l.
Arbeitsrosen neu, 60 Mt.
Dresdner Str. 69

Kleider-Blusenstoffe

Semdentuche Barchent
an Private, Sauler, of. bill.
Grau, Thomastur. 1, I.*

Arbeitsschürzen

aus schon verwendet gewes.
jedoch gutem Segeltuch,
Stück 26.— Markt
A. Hopfe, Hohe Str. 36.

4 Fenst. Gardin., 1 fl. Fenster.
6 Paar D. u. Bol., 2 Raffbttbd.
Wtag., Schürzen, Unterhol.,
bill. Baverische Str. 42, II. l.

Deckbett, fast neu, zu verkauf.
Vindenaun, Rindartstr. 2, pt. I.

Im Preise herabgesetzt

Speisezimmer, Schlafzimmer, kompl. Küchen, div. Einzelmöbel
Max Reinhardt & Co.
Kolonnadenstr. 16, I.

Möbel, Nähm., Ofen, Feder-
bett billig Veniclistr. 30, 5.
Kleiderstanz, Küchenchr.,
Vert. Pla., Schmeldestr. 7, v.
Kirschstr., Bettst. m. W. Tisch,
Rüche Ko. Katalienstr. 10, p. I.

Kleiderstanz, guterhalten,
zu verkauf. Rischstr. 30, I. r.
Sofa, Waschschm. W. Nähm.,
billig Baverische Str. 42, II. l.

Chaiselongue, Sofa
Grimmer, Konradstr. 33, pt.
Nusskirschholz, 1. u. guterhilt.
Vertiko zu verkauf. Selterh.
Voritzer Str. 2, im Geschäft.

Rom., heldegegr. bil. Bettst.
m. la Matr., T. Stühle usw.
v. Wurzner Str. 182, Waldher
Neuer eis. Bett m. Matr. bill.
a. verk. Ewaldstr. 5, Tr. C. I. l.

2 Bettst. m. W. Deckb., Trum.,
4 Stühle verk. Ewaldstr. 17, v.
Eif. Gitt.-Kinderbett m. W. r.
v. v. v. Rietchelstr. 37, I. l.

Ein Kind-Gitterbett m. Matr.
a. verk. Davidsstr. 1b, v. v. i.

Nähmaschine, gutgehend, v.
Kappe, Nürnbergstr. 11, I.*

Schulter-Nähmasch., gutgeb.,
zu verk. Brühl 13, Tr. B. IV.
Ferr. Mad. m. Gu., guterh. pf.
bill. Kohlartenstraße 48, I. r.

Mess-Muster

Kinderwagen, Klappwagen
in großer Auswahl billig
König, Querstr. 27.*

Kinderwagen, eleg. hell, u. neu,
v. v. v. v. Wurzner Str. 12, II. l.

Kinderwagen, braun, guterh.,
m. Gummi für 200.— zu verk.
Vlagwitz, Geisstr. 2, pt. r.

Kinderwagen u. Klappwa. m.
Verd., Kinderbettst. m. Matr.
verkft. Tauscherstr. 68, I. l.*

3. v. v. Kinderwagen, abt. 275, a.
Stött., Eichstr. 34, I. l.

Tafel-Kinderwagen, eleg. grün,
mit prima Gu., laub. Kinder-
bett m. Matr. zu verk. zu verk.
Vlag. Meiseldorfstr. 2, II. r.

Klappwagen m. Verd. 5. v. v.
Schönef., Lazarusstr. 21, v. r.

Klappwagen, guterh., a. verk.
Großsch. Wietenstr. 48, I. r.

Klappwa. m. Verd. guterh.,
a. v. v. v. Rietchelstr. 37, I. l.

Klappwa. mit u. o. Verd. v. r.
Reichsch. Wietenstr. 16, I. r.

Eich- u. Nussbaum, eleg. m. Verd.
180.— Klappwa. m. Nf. 180.—
Wietenstr. 2, Wietenst. d.

Sib- u. Plegewag. Mittl.
Reichsch. Wietenstr. 16, I. r.

Sportwa., f. neu Kind Klappst.
groß. Schaufelst. zu verkft.
Cent. Dellndler Str. 132, IV.
Stahlplatte m. 2 Bolo., div.
Vart. leerer Zigarettenkasten v.
Stöttischer Str. 23, Zia. Gelb.
Siege liegt zu verkaufen.
Großschöcher, Mühlstr. 8, I. l.

Achtung!

Rufe zu Tagespreisen:
**Lumpen : Leitungen : Neutuch-
abfälle : Wolle : Tibet usw.**
Alt-Metall nur gegen Ausweis.
Kupfer, Messing, Blei, Zink
Händler Extraprämie. Offerten erwünscht
Buchholz, Inh.: J. Stehbrecher, Gohlis
Neuhäuser Salzfische Str. 140, Linenthaler Str. 36, 5.

! ACHTUNG !

Häute : Felle : Altmetalle aller Art
jedes Quantum kauft und erbittet Effortten Firma
Max Streubel
Bureau und Einkauf: Große Fleischerstraße 14, I.*

Häute- und Felle-Einkauf

Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich noch
wie vor Käufer sämtlicher Sorten
Friedrich Schade — Felle en gos
Gerborstrasse 9, neben Hotel Sonne
Kollstrasse 16 Gerborstrasse 2

Stündchen, sch. ges. 10 Wk. i.
gute Hände zu verkft. 85 Mt.
H. Schmiedestr. 2, Restaur.

Kaufge Suche

Zigarren (Handarbeit) zum
Vertrieb gesucht. W. Ost. u.
L. 24 Filiale Gohlis erb.
Gelesene Bücher (g. Romane)
a. Verh. geell., f. id. Quant.
Vf. V. 34 Fil. Seiger Str. 32

Wadewik

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Wandmühlentstr. 33, I.
Wandmühlentstr. 33, I.

Konferenz der Erwerbslosen.

Am Dienstag wird in der Diskussion über den Rentenbericht... Am Dienstag wird in der Diskussion über den Rentenbericht...

Der Bericht referiert über die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge... Der Bericht referiert über die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge...

Gubisch spricht hierauf über die Organisation der Arbeitslosenkassen... Gubisch spricht hierauf über die Organisation der Arbeitslosenkassen...

Die Erwerbslosen-Konferenz für Sachsen und Großthüringen... Die Erwerbslosen-Konferenz für Sachsen und Großthüringen...

Zur Wahl des Landesauschusses findet eine ausgiebige Diskussion... Zur Wahl des Landesauschusses findet eine ausgiebige Diskussion...

Ein Vertreter des Verbandes der Unfallrentner schildert in... Ein Vertreter des Verbandes der Unfallrentner schildert in...

Mehlhase als Vertreter des Leipziger Gewerkschafts... Mehlhase als Vertreter des Leipziger Gewerkschafts...

Die Landeskonferenz der Erwerbslosen Sachsens protestiert... Die Landeskonferenz der Erwerbslosen Sachsens protestiert...

Die Konferenz der Erwerbslosen Sachsens am 20. und 21. September... Die Konferenz der Erwerbslosen Sachsens am 20. und 21. September...

Die heute am 16. 9. im Deutschen Haus zu Heidenau tagende... Die heute am 16. 9. im Deutschen Haus zu Heidenau tagende...

Alle sonstigen Anträge werden der Informationsstelle als... Alle sonstigen Anträge werden der Informationsstelle als...

Zu dem Bericht über die Verhandlung am Montag schreibt... Zu dem Bericht über die Verhandlung am Montag schreibt...

Beihilfszusage. — Teuerungszulagen.

Anstatt durch eine konsequente Lohnpolitik den Bedürfnissen... Anstatt durch eine konsequente Lohnpolitik den Bedürfnissen...

Die Regierung forderte 100 bis 130 Millionen Mark ein... Die Regierung forderte 100 bis 130 Millionen Mark ein...

Minister Ullrich erklärte, die Regierung sei nur mit dem... Minister Ullrich erklärte, die Regierung sei nur mit dem...

Der eigentliche Grund für die Stellung der Regierung zu der... Der eigentliche Grund für die Stellung der Regierung zu der...

Der Vertreter der Rechtssozialisten, Fellisch, erklärte, er... Der Vertreter der Rechtssozialisten, Fellisch, erklärte, er...

Die Demokraten (Dr. Menke-Blücker) versicherten, daß sie... Die Demokraten (Dr. Menke-Blücker) versicherten, daß sie...

Die Deutsche Volkspartei (Wißner) hatte erhebliche... Die Deutsche Volkspartei (Wißner) hatte erhebliche...

Unsere Fraktion war die einzige, die sich konsequent gegen... Unsere Fraktion war die einzige, die sich konsequent gegen...

Unsere Fraktion war die einzige, die sich konsequent gegen... Unsere Fraktion war die einzige, die sich konsequent gegen...

Wir wenden uns dagegen, weil wir der Meinung sind, daß... Wir wenden uns dagegen, weil wir der Meinung sind, daß...

auch den Beamten, ein gewisses Existenzminimum zu gewähr... auch den Beamten, ein gewisses Existenzminimum zu gewähr...

Fleißner betonte, daß die Notlage geschaffen sei durch die... Fleißner betonte, daß die Notlage geschaffen sei durch die...

Schlieflich wies unser Redner darauf hin, daß für die von der... Schlieflich wies unser Redner darauf hin, daß für die von der...

Die Fraktion müsse es ablehnen, die Vorlage schlechthin des... Die Fraktion müsse es ablehnen, die Vorlage schlechthin des...

Gegenüber dem rechtssozialistischen Redner bemerkte Fleißner... Gegenüber dem rechtssozialistischen Redner bemerkte Fleißner...

In der Schlussberatung der Vorlage am 16. Oktober wurde... In der Schlussberatung der Vorlage am 16. Oktober wurde...

Die Kammer wolle beschließen, den Beamten, Diätaren, Eisenbahngehilfen... Die Kammer wolle beschließen, den Beamten, Diätaren, Eisenbahngehilfen...

Im Plenum gab der Redner der Rechtssozialisten zu, daß dieser... Im Plenum gab der Redner der Rechtssozialisten zu, daß dieser...

obwohl wir wissen, daß die getroffenen Maßnahmen durchaus... obwohl wir wissen, daß die getroffenen Maßnahmen durchaus...

Trotz dieser Erkenntnis und obgleich die Regierung erklären... Trotz dieser Erkenntnis und obgleich die Regierung erklären...

Die unabhangige Fraktion lehnt daher die Beihilfenzulage... Die unabhangige Fraktion lehnt daher die Beihilfenzulage...

Nach Ablehnung unseres Minderheitsantrages auf Ausgleich... Nach Ablehnung unseres Minderheitsantrages auf Ausgleich...

Die Verantwortung fur die politischen und wirtschaftlichen... Die Verantwortung fur die politischen und wirtschaftlichen...

Am die Verantwortung fur die politischen und wirtschaftlichen... Am die Verantwortung fur die politischen und wirtschaftlichen...

Die Reichsregierung hat, indem sie den Reichsarbeitern ein... Die Reichsregierung hat, indem sie den Reichsarbeitern ein...

Das Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist nach ein... Das Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist nach ein...

Aus der Partei.

Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas.

Das Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist nach ein... Das Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist nach ein...

Fugsburg, den 1. September 1920.

